Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktl. Bezugspreis frei Haus 18.—24 Nov. 1 Goldmark = 600 Mill. Mk., Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustellgebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1065. 1067 2281 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsatzteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1088 48. Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 150 Milliarden | Montag, den 19. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 271

Diktatur Stresemann

Stresemann regiert ohne Vertrauen

(Eig. Drahtm.) Berlin 19. November.

Auf dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wurde am gestrigen Sonntag eine Vertrauensundgebung für Stresemann mit 212 gegen 11 Stimmen angenommen, in der es heißt, daß der Zentralvorstand nur unter Führung des Reichskanzlers Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit sähe. Gegenüber den Deutschnationalen erklärte der Zentralvorstand, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt sei, die Persönlichkeit des bewährten Kanzlers durch irgendwelche Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen werden. Somit sind also Quaq und Marekfy in der Fraktion in einer hoffnungslosen Minderheit geblieben. Es scheint, daß der Reichskanzler nunmehr auch ohne Vertrauensvotum am Dienstag im Reichstag seine Arbeit als parlamentarischer Schattenkanzler weiter zu fristen gedenkt. Die Sozialdemokratie wird, wie aus Reichstagskreisen verlautet, weder dem kommunistischen, noch dem deutschnationalen Mißtrauensvotum zustimmen und sich bei einer Vertrauensfrage der Stimme enthalten. Weil nun die Stimmen der drei Regierungsparteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten) nicht ausreichen, will er ohne Vertrauensvotum die Geschäfte der bürgerlichen Parteien weiterführen. Er hat sich klar darüber ausgesprochen, daß er ein Direktorium abgelehnt, daß sich unter Ausschaltung der politischen Parteien nur auf die wirtschaftlichen Verbände stützt, ebenso will er den Reichstag nicht auflösen.

*

Die Regierung kann die Arbeitslosigkeit nicht verhindern

In der gestrigen Rede, die Stresemann im Ausschuß der Deutschen Volkspartei hielt, führte er aus, daß die Regierung nicht in der Lage ist, die Wirtschaft sofort aufzuhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das Gleichgewicht des Etats besteht nur auf dem Papier. Wenn das Ruhrgebiet noch weitere Unterstützung bekommt, dann bricht das Reich zusammen und die Rentenmark ist vollkommen nutzlos. Zur Rückkehr des Kronprinzen bemerkte der Kanzler u. a., man werde uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. Wir stehen in Unterhandlungen über ausländische Kredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihält. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Die Verminderung des Beamtenapparates wird nach den bestehenden Plänen restlos durchgeführt werden.

*

Also die Steigerung der Arbeitslosigkeit kann die Regierung nicht verhindern, dagegen wird der Zehnstundentag Gesetz, und wenn die Proleten sich dagegen wehren, dann fahren die Maschinengewehre und Kanonen auf, denn „für die Mehrleistung werden die Voraussetzungen geschaffen werden". Das ist die offene Diktatur des Großkapitals, die von den Bajonetten der Seeckschen Reichswehr getragen wird. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von dieser Regierung zu erwarten hat, immer offener tritt der Charakter der von den Sozialdemokraten stillschweigend unterstützten Stresemann-Regierung zutage. Die Sozialdemokraten tragen für die Maßnahmen der Stresemann-Seeckt die volle Verantwortung, sie haben ihr erst die volle Macht gegeben, sie unterstützen sie heute noch, sie bekämpfen sie nicht. Für die Antistreikverordnung, für die Verhaftung der Lohnkommission der Berliner Mühlenarbeiter, für die Beseitigung des Achtstundentages sind die sozialdemokratischen rechten Führer verantwortlich, die dazu erst die Voraussetzung geschaffen haben. Nicht nur Stresemann und seine Auftraggeber, sondern auch seine Lakaien, die sozialdemokratischen Führer, die Ebert, Wels, Müller, Dittmann und Konsorten, und die Papageien dieser Leute, die Schulz, Kasparek, Petersdorff und Peters, sind mehr oder minder offene Feinde der Arbeiterschaft, die alle Maßnahmen der Kapitalisten gegen das Proletariat nicht ernstlich bekämpfen. Dem Buchstaben nach besteht die Weimarer Verfassung, die demokratischste Verfassung der Welt. Stresemann pfeift auf diese Verfassung, er regiert ohne das durch die Verfassung vorgeschriebene Vertrauen der Mehrheit der „gewählten Vertreter des Volkes" und die Sozialdemokraten rücken und rühren sich nicht sie nehmen jeden Fußtritt der Regierung willig hin. Nach außen aber wollen sie durch radikale Töne den Revolutionär spielen, jetzt, wo die Massen ihnen in Scharen davonlaufen. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung Stresemanns zeigt erneut, daß die MSPD. ihre Haltung nicht geändert hat, daß sie nach wie vor die Dirne des Kapitals ist.

Die außenpolitischen Folgen der Militärdiktatur

Berlin, 19. November.

Marschall Foch hat in der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz behauptet, die Bestände der Reichswehr seien größer als der Vertrag von Versailles erlaube. Die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition sei seit mehreren Monaten in verstärkten Maße betrieben worden. Auch Ruhland habe in Uebereinstimmung mit dem Reich Kriegsmaterial und Munition für Deutschland hergestellt. Infolgedessen müsse die Ueberwachung der „deutschen Rüstungen" sofort wieder beginnen und mit aller Energie durchgeführt werden. — Hierzu wird von maßgebender Seite noch einmal festgestellt, daß die Reichswehr nicht einmal die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann erreicht, daß außer ihr im Innern alles in allem noch etwa 150 000 Mann Schutzpolizei, einschließlich der Zivilpolizeibeamten, in Deutschland vorhanden sind und daß die gegenwärtig in Deutschland vorhandene Munition nur für die Deckung des dringendsten Bedarfs ausreicht. Daß die Reichsregierung eifrigst bestrebt ist, illegale Verbände militärischen Charakters, die sich da und dort bilden, zu beseitigen, hat sie wiederholt durch ihr Vorgehen bewiesen. Im übrigen liegt es gerade an der französischen Politik, wenn sich solche illegalen Verbände zu bilden versuchen. Frankreich ist es, das jeder deutschen Regierung durch einen unaufhörlichen Druck unmöglich macht, die Lebensinteressen des Volkes wirksam zu wahren.

*

Das Dementi, der „maßgebenden Seite" wird bei den Eingeweihten helles Gelächter auslösen. Die „maßgebende Seite" soll auch nur eine militärische Organisation der Faszisten nachweisen, die sie aufgelöst hat. Ist der „Jungdo", der bewaffnet an der bayrischen Grenze stand, aufgelöst? Ist etwa der „Stahlhelm", der der Stresemann-Regierung drohte, unter Waffen zu treten, wenn sie nicht eine nationale Diktatur errichte, aufgelöst? Kahr hat wohl mit einem Federstrich die nationalsozialistische Partei aufgelöst, aber unter seinen Augen lebt sie unter dem Befehl Ehrhardts munter weiter. Nur die unbewaffneten proletarischen Hundertschaften sind mit Maschinengewehren und Panzerautos auseinandergejagt worden und der Journalist Walter Oehme, der Nachrichten über die illegalen Verbände und die „schwarze" Reichswehr veröffentlichte, dezen Unwahrheit nicht erwiesen ist, ist in Schutzhaft genommen worden.

Lutterbeck macht Schule

(Eig. Drahtm.) Benrath, 19. November.

In Düsseldorf ist die Stadtverwaltung bei der Besatzungsbehörde vorstellig geworden mit dem Ersuchen, die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen zu gestatten. Die Besatzungsbehörde erklärt: Es sei verwunderlich, daß die Ausschreitungen nicht noch schlimmere Formen angenommen hätten. Die Frauen der deutschen Industriellen liefen immer noch mit Brillanten geschmückt herum. Männer, wie Stinnes, gehörten aufgehängt. Die Zusammenstöße würden nicht eine so schlimme Form angenommen haben, wenn die Polizei nicht so brutal vorgegangen wäre.

Hungerunruhen

Weinheim a. d. Bergstraße, 17. November.

Die Not ist hier so groß, daß die Arbeitslosen aus Verzweiflung eine Wagenladung von 25 Zentner Mehl verteilten. Anrückende Gendarmen schossen in die Menge und töteten einen Arbeiter, verwundeten einen schwer und einen leicht. Aus der Menge wurde das Feuer erwidert, wodurch ein Gendarm schwer verwundet wurde.

Verhaftungen auch in unserem Bezirk

Frankenhausen, 19. November.

Auf Anordnung des Wehrkreiskommandos wurde der Lehrer Otto Schröder unter der Beschuldigung verhaftet, Führer einer proletarischen Hundertschaft zu sein. Ein Jugendgenosse, der gegen diese Verhaftung protestierte, wurde ebenfalls verhaftet.

Faszistische Hilfspolizei in Sachsen

WTB. Dresden, 17. November.

Wie das Wehrkreiskommando bekannt gibt, hat General von Seeckt den Militärbefehlshaber im Wehrkreis 4 beauftragt, im Freistaat Sachsen die Bildung einer über den Parteien stehenden Hilfspolizei umgehend in die Wege zu leiten. Die Hilfspolizei soll solange bestehen bleiben, bis es gelingt, die Staatspolizei durch Einstellung geeigneter Anwärter auf ihre vorgeschriebene Stärke zu bringen. Gleichzeitig mit der Aufstellung der Hilfspolizei wird nach den von General von Seeckt gegebenen Weisungen die sächsische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlage gestellt. Die Staatspolizeiverwaltung veröffentlicht einen Aufruf zum Eintritt in die Hilfspolizei auf Grund der Weisungen des Militärbefehlshabers.

*

Nachdem die Weiße Diktatur Seeckts die Reichswehr mit Faszisten aufgefüllt hat, geht sie nunmehr daran, die an sich durch nationalistische Polizeioffiziere verseuchte Schutzpolizei mit faszistischen Elementen aufzufüllen, um alle zuverlässig republikanischen Elemente aus der Schupo zu entfernen. Die überparteiliche Hilfspolizei, die jetzt in Sachsen gebildet wird, ist weiter nichts als die offene Legalisierung der bewaffneten Monarchistenbanden des Stahlhelms, des Wehrwolfs und wie sich die faszistischen Raub- und Mordbünde sonst noch alle heißen. Die „verfassungsmäßige" Generaldiktatur hat die proletarischen Hundertschaften, die als zuverlässig republikanische Organisationen zum Schutze der republikanischen Staatsform nach dem Regierungsprogramm der von den Sozialdemokraten selbst verratenen kommunistisch-sozialistischen Regierung herangezogen werden sollten, im Einverständnis mit Ebert zerschlagen. Jetzt wird der „Schutz der Republik", d. h. die blutige Unterdrückung der Armen und Notleidenden, den Monarchisten übertragen. So geht der Marsch munter weiter über die Weiße Diktatur zur Monarchie, wenn sich das Proletariat nicht aufrafft, um einig und geschlossen dieser Entwicklung ein Ende zu machen.

Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen die faszistische Säbeldiktatur?

A. Th. Ueber das Wesen der Seeckt-Diktatur kann nach den Erlebnissen der letzten Tage bei keinem Arbeiter ein Zweifel mehr bestehen; Aufhebung des Streikrechts, Verhaftung von Streikführern und Betriebsrätemitgliedern zuerst beim Buchdruckerstreik, dann beim Streik der Mühlenarbeiter, daneben unsagbar lächerliche Verordnungen, worin der General auf dem Papier die Schließung der Schlemmerstätten empfiehlt und seine Militärbefehlshaber dafür belobigt, daß sie so erfolgreich in der Beschaffung von Brot und anderen Lebensmitteln für die Bevölkerung gewesen sind. Man weiß nicht, ist das die bare Dummheit oder bluttiger Hohn, oder beides zusammen. Jedenfalls zeigt die Militärdiktatur, daß sie in bezug auf alle wirtschaftlichen Fragen bereits am Ende des Lateins ist und daß ihr der Säbel nur dazu dient, um den Hunger zu verschärfen und die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Die Säbeldiktatur erweist sich als das willfährige und stupide Werkzeug des Scharfmachertums.

Der Hunger wächst täglich, ja stündlich. Es wächst die politische Bedrückung; der Weiße Terror hat bereits in Sachsen seine ersten Schulübungen gemacht. Die Grundrechte der Arbeiterschaft, sowohl die wirtschaftlichen wie die demokratischen Rechte, sind vollständig niedergetrampelt.

Die Militärdiktatur des Generals Seeckt legt aber mit Rücksicht auf das Ausland und mit Rücksicht auf das, was sich in Deutschland noch Demokratie nennt, die Sozialdemokratie, die bürgerliche Demokratische Partei und Teile des Zentrums, immer noch Wert darauf, die demokratisch-parlamentarische Maskerade, den Mummenschanz des Parlaments, des Reichspräsidenten usw. beizubehalten.

Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen die militärische Diktatur, die sie um Lebens und Sterbens willen niederkämpfen muß? Die größte Gefahr ist hier der Humbug der Sozialdemokratie, die den fehlenden Willen zum Kampf bemäntelt mit leeren Protesten, mit demokratischen Forderungen, mit dem Schrei nach dem Staatsanwalt und ähnlichen blöden Scherzen. Die Sozialdemokraten glauben, Wunder was damit getan zu haben, wenn sie erklären, daß Ludendorff und Kahr nach den Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches Hochverräter sind; sie erwarten wohl, daß die faszistischen Staatsanwälte und Richter den faszistischen Häuptling verhaftet . . .? Die Sozialdemokraten erklären, daß, wenn Seeckt mit einem Direktorium regieren will, er das nicht könne ohne die Zustimmung des Reichstags, daß es also verfassungswidrig sei. Sie hoffen offenbar, daß das bloße Wort Verfassung eine magische Wirkung ausübt auf den Säbel, der die wirkliche Verfassung in Deutschland vorstellt. Und ebenso haben sie „protestiert" gegen die Vernichtung des Streikrechts, indem sie gleichzeitig den streikenden Buchdruckern in den Rücken fielen, dadurch, daß sie den Streik für einen wilden erklärten und indem sie keinen Finger rührten, um zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker weitere Arbeiterschichten in den Kampf zu führen oder auch nur die Massen zu Demonstrationen aufzurufen.

Nichts könnte in dieser Lage gefährlicher sein für die Arbeiterklasse als wenn sie sich jetzt noch einbilden würde, mit den Waffen der Demokratie gegen die faszistische Diktatur kämpfen zu können, wo diese Waffen zerbrochen am Boden liegen, und wo die Demokratie nur noch eine Maske der Militärdiktatur ist. Revolutionär handeln, heißt zu allererst aussprechen, was ist. Wenn der demokratische Trödel, wenn die Parlamente nur noch eine Maske der nackten militärischen Willkürherrschaft sind, so ist es revolutionär, diese Maske zu zerreißen und die Militärdiktatur in ihrer vollen Blöße erscheinen zu lassen. Der Reichstag, der ein reiner Trödel geworden ist, müßte sich weigern, irgendeine Funktion noch auszuüben. Bereits Lassalle hat 1863 in den Tagen des Verfassungskonfliktes als eine notwendige revolutionäre Tat vom damaligen preußischen Parlament und insbesondere von den bürgerlich-demokratischen Parteien gefordert, daß sie die parlamentarische Arbeit einstellen, um so Bismarck zu zwingen, seine Gewaltherrschaft nackt und bloß zu zeigen.

Freilich, Lassalle wußte sehr gut, daß dieser Schritt nur dann einen Sinn habe, wenn man entschlossen war, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, das heißt den offenen Kampf mit dem Bismarckschen Gewaltregiment aufzunehmen. Die Demokratie von damals, die dazu nicht die geringste Neigung verspürte, verlachte die Lassalleschen Vorschläge als phantastisch und sie ist dann auch völlig auf den Hund gekommen.

Die heutige Sozialdemokratie denkt ebenso wenig daran, darauf zu verzichten, die parlamentarisch-demokratische Staffage der Militärdiktatur zu bilden, und die Tatsachen beweisen, daß ihre parlamentarisch-demokratische Opposition ein konterrevolutionärer Hilfsdienst für die Militärdiktatur ist.

Die einzige wirkliche Opposition gegen die Militärdiktatur kann heute nur darin bestehen, den Massenkampf gegen sie vorzubereiten.

Diese ihre Aufgaben verkündet die Kommunistische Partei frank und frei. Sie bereitet sie vor, indem sie außerhalb der parlamentarischen Schwatzbuden die Massen mobilisiert, indem sie sich jeder elementaren Kampfregung der breiten Massen annimmt.

Der nächste Schritt, der jetzt kommen muß, das ist der Aufmarsch der Massen. Da die Parlamente nicht mehr die Orte sind, die politisch irgendwelche Bedeutung haben, da die Massen und der größte Teil der Parlamentarier auch nicht mehr das geringste miteinander

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231119-13/fragment/page=0001

zu tun haben, so ist die Forderung der Stunde, daß die Arbeiterschaft in den Straßen der Militärdiktatur zeigt, daß sie da ist und daß sie gewillt ist, um ihre Lebensrechte zu kämpfen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Die revolutionäre Arbeiterschaft muß nach Lassalles Ratschlag aussprechen das, was ist. Verharren die parlamentarischen Eunuchen der Sozialdemokratie dabei, den parlamentarischen Schwindel fortzusetzen, so muß die Arbeiterschaft, die diese Verräter zu vertreten vorgeben, ganz klar und offen das Tischtuch zwischen sich und den feigen Komödianten zerschneiden und erklären, daß in einem Augenblick, wo die einzige revolutionäre Tat in der Vorbereitung des Aufstandes besteht, die parlamentarische Oppositionskomödie konterrevolutionär ist.

Strafantrag gegen Zeigner

Leipzig, 19. November.

Die Staatsanwaltschaft in Leipzig hat gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner Strafantrag wegen Verdachts der Bestechlichkeit gestellt und die Aufhebung der Immunität beantragt.

*

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben dazu in großer, sensationeller Aufmachung, daß es sich um Bestechungen handelt, die in die Zeit seiner Justizministerschaft fallen. Zeigner soll nach den „L. N. N." sich durch Bestechungen Begnadigungen haben abkaufen lassen. So soll er für eine Weihnachtsgans einen wegen Getreidewuchers bestraften Bauer begnadigt haben. Als Zeichen der Erkenntlichkeit für die Begnadigungen soll er „alle Arten von Gegenständen des täglichen Bedarfs" entgegengenommen haben.

Inzwischen hat Zeigner sein Landtagsmandat niedergelegt. Die Mandatsniederlegung ist auf Betreiben des Parteivorstandes der VSPD. erfolgt, weil er einem bürgerlichen Journalisten Mitteilungen über geheime Dinge, die im Kabinett beschlossen worden sind, gemacht haben soll. Es ist Sache der Sozialdemokratischen Partei und auch Zeigners, zu diesen Anschuldigungen öffentlich Stellung zu nehmen. Die „L. N. N." behaupten, daß ihnen das Material längere Zeit bekannt und auch nachgeprüft ist.

Auf dem Wege zur Einheitsfront

Zeitz, 18. November.

Die Ortsgruppe der USPD. in Zeitz beschloß in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung, den Uebertritt zur KPD. zu vollziehen. Eine von der USPD. eingesetzte Kommission überbrachte der am Sonntag tagenden Mitgliederversammlung der KPD. den Entschluß, der großen Beifall auslöste. An der Versammlung nahmen dann die übergetretenen Genossen teil, die in kurzer Ansprache gelobten, mit allen Kräften der Revolution zu dienen. Es wurde beschlossen, in dieser Woche eine große öffentliche Einigungsversammlung zu veranstalten.

Ein besonderer Militärdiktator für Thüringen

Weimar, 18. November.

Das Thüringer Presseamt teilt mit: Auf Anordnung des Generals v. Seeckt ist die vollziehende Gewalt für den Bereich des Landes Thüringen von dem Befehlshaber des Wehrkreises V General Reinhardt in Stuttgart, auf den Befehlshaber der zurzeit in Thüringen tätigen Reichswehrtruppen, General Hasse, übergegangen.

Verbot der sozialdemokratischen Presse in Schlesien

Breslau, 18. November.

Der Militärbefehlshaber hat nun zu den bereits verbotenen sozialdemokratischen Zeitungen in Niederschlesien auch die „Breslauer Volkswacht" und die sozialdemokratischen Zeitungen in Oels und Görlitz verboten. Es ist jetzt also die gesamte sozialdemokratische Presse in Niederschlesien verboten.

Wie gleichzeitig die „Leipziger Volkszeitung" mitteilt, soll das Verbot unseres schlesischen Bruderorgans, das vor etwa sechs Wochen ausgesprochen worden war, nun endlich wieder aufgehoben worden sein.

Regierungskrise und Diktatur Seeckt

Neben der außer in Bayern restlos durchgeführten Militärdiktatur Seeckts macht sich eine neue parlamentarische Regierungskrise geltend. Aus allen Gegensätzen und inneren Kämpfen im Lager der Rechten schält sich immer klarer die Uebermacht des schwerindustriellen Flügels, der Hand in Hand mit Seeckt arbeitet, heraus. Es geht dabei nicht nur um den Kopf Stresemanns. Die rechten Führer der Volkspartei, Quaatz und Mareckty, und auch der jetzige Reichsinnenminister Dr. Jarres fordern unbedingt die Einigung mit den Deutschnationalen. Im Kabinett selbst herrscht Auflösungsstimmung mit starken inneren Reibungen. Geßler nimmt an den Sitzungen der Minister fast gar nicht mehr teil. Oeser hat den energischen Kampf gegen Bayern gefordert, ist aber bei allen anderen Ministern auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Die Deutschvölkischen sind gegen eine Einigung mit der Deutschen Volkspartei. Es spielt hier der Gegensatz der Deutschvölkischen zum schwerindustriellen und Bankkapital eine entscheidende Rolle. In der Demokratischen Partei wird jetzt eifrig über die Frage des Rücktritts aus der Regierung debattiert.

Der Hugenbergsche „Tag", der die Regierung Stresemann bereits gleichfalls preisgegeben hat, hält den Versuch der Bildung eines neuen bürgerlichen Kabinetts für aussichtslos; der Reichstag werde zwar nicht aufgelöst, aber tatsächlich weiter ausgeschaltet bleiben. Es werde ein Direktorium gebildet werden, das im wesentlichen durch die diktatorischen Vollmachten des jetzigen Oberbefehlshabers, General von Seeckt, das Gepräge erhalte und bei einer allgemein rechts gerichteten Tendenz in der Hauptsache aus Nichtparlamentariern zusammengesetzt werden soll. Dieses Direktorium werde auf „Grund des Artikels 48 der Verfassung" unter der Oberhoheit Seeckts auch die wirtschaftlichen Fragen regeln. Der „Vorwärts" erklärt, daß sich eine solche Idee nicht ohne Verfassungsbruch durchführen lasse. Als ob heute überhaupt noch irgendetwas Entscheidendes gemäß der geschriebenen Verfassung geschehe oder überhaupt zu erwarten sei. Die Sozialdemokratie sucht sich mit einigen bürgerlichen Anhängseln in eine Art Wirth-Kabinett zu retten und hält auch eine „Bürgerblock-Regierung" für das kleinere Uebel. Die sozialdemokratischen Illusionen nehmen sich um so lächerlicher aus in demselben Moment, wo die Militärdiktatur sich nur noch mit den notdürftigsten Fetzen einer parlamentarischen Verkleidung behängt. Das Ruhrgebiet liegt man still und überläßt die Bevölkerung im Ruhrgebiet den separatistischen Bestrebungen und dem wütendsten Hunger, treibt offenkundige Stimmesfälschungs- und Rentenmark-Schwindelpolitik, zerstört mit brutalem Militärstiefel die letzten Reste des Koalitionsrechtes und des Achtstundentages, knüppelt die außerparlamentarischen Stützpunkte jeglicher demokratisch-gerichteten Regierung durch Streikverbote, Gewerkschaftszertrümmerung und Verhaftung der Arbeiterführer, die man in die Falle staatlicher Schlichtungsstellen lockt, nieder. Die Militärdiktatur Seeckts hat den Hitler-Putsch für Norddeutschland überflüssig gemacht und die Regierungskrise, mag sie nun dieser oder jene Wendung nehmen, wird auf parlamentarischem Wege der Militärdiktatur keinesfalls das Heft aus den Händen nehmen. Nicht auf parlamentarischem Wege, sondern auf dem Boden des offenen Klassenkampfes wird die Entscheidung fallen.

Die Angst der Militärdiktatur. Der Chef der Heeresverwaltung hat die Herstellung und den Vertrieb der Broschüre „Vom Bürgerkrieg" verboten. Die vorgefundenen Exemplare sind zu beschlagnahmen und zu vernichten. Vor der Herstellung und dem Vertriebe der Broschüre sei hiermit gewarnt.

Der Plättner-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 17. November.

Zweiter Verhandlungstag.

Gab der erste Verhandlungstag ein vollständig klares Bild über die Ursachen und Handlungen Plättners, so stand der zweite Verhandlungstag unter starker Beeinträchtigung durch Richter und Vorsitzenden, so daß selbst die Verteidigung sich energisch dagegen verwahren mußte. Den Hauptgrund zur Auseinandersetzung gab das Verhalten des ehemaligen sozialdemokratischen Justizministers Dr. Heine, der fortwährend in die Verhandlung eingriff und Plättner provozierte und so erzielte, daß Plättner kein klares Bild zu geben in der Lage war. Wenn wir uns auch mit den Handlungen Plättners nicht einverstanden erklären können, so sind dieselben doch diktiert von einem ehrlichen revolutionäre Willen, der Arbeiterklasse zu helfen.

*

Der Vorsitzende eröffnete um 9 Uhr die Verhandlung und schritt zur Vernehmung des Gerichtsrats Metz, der das Protokoll über die Straftaten Plättners aufgenommen hat. Im Anschluß daran will Plättner, um die Affäre der Sprengungen abzuschließen, noch einige prinzipielle Ausführungen dazu machen. Der Vorsitzende widerspricht und es kommt zu schweren Auseinandersetzungen, in der Plättner ausruft: „Dann führen sie mich eben ab!" Dr. Hegewisch, als Verteidiger, beantragt Gerichtsbeschluß darüber, ob Plättner angehört werden soll. Das Gericht zieht sich zurück. Nach dem Wiedererscheinen teilt der Vorsitzende mit, daß das Gericht die Ausführungen Plättners ablehne. Dr. Hegewisch bezeichnet diesen Beschluß als einen Fehlgriff, empfiehlt aber Plättner, sich zu fügen. Der Vorsitzende geht nun auf das Gebiet der Expropriation über. Hierauf antwortet Plättner folgendes: Durch Fehlschlag der Märzaktion sind unzählige proletarische Kämpfer gezwungen worden, zu flüchten. Er habe es als seine Pflicht erachtet, sie zu unterstützen und aus diesem Grunde habe er nach Leipzig eine Konferenz der Flüchtlinge zusammengerufen, wo ein Komitee gebildet wurde zur Unterstützung derselben. Kurze Zeit darauf sei er nach Berlin zu einer Konferenz gefahren, wo die Märzaktion besprochen wurde. Hier sei ein Aktionskomitee über das ganze Reich gebildet worden, dem er angehört habe. Es sei beschlossen worden, Unterabteilungen zu schaffen zur Beobachtung der Konterrevolution, Beseitigung der Spitzel, revolutionäre Propaganda und eine Unterabteilung zur Expropriation. Da keine Gelder zur Finanzierung und zum Ausbau dieser Abteilungen vorhanden waren, sei auf der Konferenz beschlossen worden, die Gelder durch Expropriieren zu beschaffen. Von diesem Gesichtspunkt aus seien alle Expropriationen, die sie vorgenommen haben (Deutsche Bank in Denten bei Dresden, auf der Grube „Alwine" bei Bruckdorf, in Neurupin usw.) zu betrachten. In eine neue Richtung sei die Bewegung durch die Verhaftung von Max Hölz gedrängt worden. Man habe im Aktionskomitee den Beschluß gefaßt, Max Hölz zu befreien. Gelder seien zu diesem Zwecke auch verwendet worden. Die Korruption innerhalb der KPPD. hätte dazu geführt, daß sich der Aktionsausschuß auflöste. Er, Plättner, habe es seinem revolutionären Gewissen gegenüber nicht verantworten können, so daß er in einer Sitzung des Komitees den Antrag gestellt hatte, sich von der KAPD. loszulösen und das „Rote revolutionäre Tribunal" zu bilden. Hauptzweck zu dem Zerwürfnis mit der KAPD. sei gewesen, daß die KAPD. wohl das expropriierte Geld angenommen, aber nicht zurückgegeben habe. Die Befreiung von Max Hölz sei leider gescheitert an der Unfähigkeit der KAPD. Zur Ehre der Kommunistischen Partei sei es jedoch gesagt, daß sie sich ehrlich um Hölz bemüht habe.

Der Vorsitzende schritt dann zur Vernehmung der Zeugen: Der Fabrikdirektor der Chemischen Fabrik in Ammendorf mußte zugeben, daß Drohungen von Plättner nicht ausgesprochen worden sind, daß man ihm das Geld auf sein Verlangen hin ausgehändigt habe.

Der Mitangeklagte Hölzel vertritt vollständig den Standpunkt Plättners. Der Vorsitzende befragt ihn, ob er keine Gewissensbisse wegen seiner Taten verspüre. Darauf antwortet er: „Nein; denn Privateigentum sei Diebstahl. Das Kapital frage auch nicht danach, wenn es die Arbeiter ausgemergelt und auf die Straße geworfen hat, was aus ihnen wird. Er habe gehandelt und sich leiten lassen von dem Grundsatz, das Privateigentum zu beseitigen." Die Verhandlung wird vertagt auf den 17. November vormittags 9 Uhr.

Um den Geist der Plättner-Gruppe zu illustrieren, verliest Dr. Hegewisch einige Gedichte von N., die einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Die Aufgaben der Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe

Aus Moskau wird uns unter dem 5. November geschrieben:

An die Sektionen der Kommunistischen Internationale und an sämtliche der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen

Werte Genossen!

Das Aktionskomitee der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale beschäftigte sich auf Antrag des Zentralkomitees der Internationalen Roten Hilfe in seiner Sitzung vom 30. Oktober 1923 mit der Feststellung der Aufgaben der Internationalen Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe. Bei den breiten Massen und zum Teil bei den der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen bestehen noch Unklarheiten über die Aufgaben dieser beiden Organisationen. Um diese Unklarheiten zu beseitigen, präzisieren wir auf Wunsch des Zentralkomitees der Internationalen Roten Hilfe nochmals die Aufgabengebiete der Roten Hilfe und der Arbeiterhilfe.

Die Internationale Rote Hilfe

ist auf die Initiative des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale geschaffen worden. Nach den Statuten ist die Internationale Rote Hilfe eine selbständige Organisation. Ihre Aufgabe ist, **die Unterstützung der Opfer des proletarischen Klassenkampfes, also aller Opfer des Weißen Terrors,** der Gefangenen, Verfolgten, Verwundeten, ihrer Angehörigen, der Hinterbliebenen der im revolutionären Kampfe Gefallenen usw. Dementsprechend sind auch alle Unterstützungsaktionen dieser Art ausschließlich Sache der Internationalen Roten Hilfe. So liegt z. B. die Unterstützungsaktion für die Opfer des bulgarischen Terrors, wie auch die besondere Unterstützungsaktion für die Opfer der augenblicklichen Kämpfe des deutschen Proletariats völlig in den Händen der Internationalen Roten Hilfe. Alle in den verschiedenen Ländern geführten Hilfsaktionen für die Opfer des proletarischen Klassenkampfes sind deshalb in den Händen der Landessektionen der Roten Hilfe zu konzentrieren. Um einheitliche, zentral geführte Aktionen in allen Ländern, besonders für die Opfer der augenblicklichen Kämpfe des deutschen Proletariats, zu ermöglichen, bitten wir alle Kommunistischen Parteien und Verbände der Profintern, ständig Vertreter in die Landeskomitees der Internationalen Roten Hilfe zu delegieren und dort, wo noch keine Organisationen der Roten Hilfe bestehen, die Initiative dazu zu ergreifen. Angesichts der entscheidenden internationalen Bedeutung der augenblicklichen Kämpfe der deutschen Arbeiter ist es erforderlich, daß alle kommunistischen Parteien und Roten Gewerkschaftsverbände nach Kräften die Unterstützungsaktion der Internationalen Roten Hilfe für die Opfer dieser Kämpfe unterstützen.

Die Aufgaben der Internationalen Arbeiterhilfe

sind wesentlich andere. Hatte die Arbeiterhilfe während der russischen Hungersnot die Aufgabe, die Hungernden Rußlands zu unterstützen, so ist die augenblickliche aktuelle Aufgabe der Internationalen Arbeiterhilfe die Unterstützung der Hungernden Deutschlands. Beide Organisationen arbeiten entsprechend ihrer verschiedenen Aufgaben getrennt.

Das Präsidium der Kommunistischen Internationale.
Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Die Konsumvereine vor der Katastrophe

Der Konsumverein Gera für den Ernährungskongreß

Während die Genossenschaftsinstanzen mit heftiger Energie gegen den mitteldeutschen Ernährungskongreß, der für den 2. Dezember nach Weißenfels einberufen ist arbeiten und die Konsumvereine von der örtlichen Delegation abzuhalten versuchen, haben bereits zahlreiche Konsumvereine ihre Mitwirkung zugesagt. So schreibt der große Bezirkskonsumverein Gera folgendes:

„Gera-Debschwitz, den 3. November 1923.

Mit dem uns zugesandten Flugblatt betr. Einberufung eines Ernährungskongresses unter Aufforderung an die Spitzen der verschiedenen Organe und Körperschaften zur Beteiligung sind wir mit dem Inhalte grundsätzlich einverstanden.

Unsere Gesamtverwaltung, die in reichlichem Ausmaße hierzu Stellung nahm, gab aber ihrer Meinung dahin Ausdruck und beauftragte Vorstand und Sekretariat mit einer dahingehenden Beantwortung, daß eine Wirkung bei dem von Euch gewählten Weg bei den aufgeführten Organen nicht erreicht werden dürfte.

Sicherlich muß etwas geschehen — ja hätte schon längst etwas geschehen müssen — und es muß bedauert werden, daß sich die Spitzen der Arbeiterorganisationen nicht selbst dazu aufzuschwingen vermochten, um dem wirtschaftlichen Verfall der Konsumvereine zu begegnen.

Wir glauben kaum, daß die im Zirkular aufgeführten Vereine den Erfolg „Oben" (bei den Zentralinstanzen) auslösen. Man hätte an die Sekretariate der Unterverbände herantreten sollen und von hier aus die erforderlichen Schritte von Zentralverband und dieser von den übrigen Zentralen — Partei und Gewerkschaften — verlangen müssen.

Mit genossenschaftlichem Gruß
Konsumverein Gera-Debschwitz und Umgegend, eGmbH.,
Sekretariat. J. A.: Paul Feustel."

Wie aus diesem Schreiben hervorgeht, ist der Wille, einen neuen Weg jetzt endlich einzuschlagen, auch in solchen Genossenschaften vorhanden, die eine sozialdemokratische Verwaltung haben. Genossenschaftsmitglieder sorgt überall dafür, daß Euer Konsumverein grundsätzlich zu dem Ernährungskongreß schleunigst Stellung nimmt und Delegierte entsendet.

IV.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte für den Ernährungskongreß

Nachstehend drucken wir einen Brief des Reichsausschusses ab, der mittlerweile durch die Militärdiktatur Geßler aufgelöst ist:

Jena, den 14. Oktober 1923.

Der Aufruf der 22 Konsumvereine ist ein Ereignis von historischer Bedeutung, denn es ist das erste starke Zeichen dafür, daß auch in der proletarischen Genossenschaftsbewegung der Geist des revolutionären Klassenkampfes seinen Einzug hält.

Wir stellen uns voll und ganz auf den Boden der im Aufruf zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und werden mit allen Kräften den schweren Existenzkampf der Genossenschaften unterstützen und mithelfen, an einer Lösung der Ernährungsfrage, die den Interessen der werktätigen Massen entspricht. An dem von Euch geplanten Ernährungskongreß werden wir uns beteiligen.

Wir hoffen, daß es Euch durch unermüdliche Arbeit gelingen wird, noch größere Teile der deutschen Genossenschaftsbewegung in die ganze revolutionäre Volksbewegung zur Befreiung der werktätigen Massen von der Herrschaft des Kapitals einzureihen.

Mit proletarischem Gruß
Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.
J. A.: Hermann Grothe.

*

Konsumvereine für den Ernährungskongreß

Wir veröffentlichen heute noch zwei Briefe von Konsumvereinen zu dem am 2. Dezember in Weißenfels stattfindenden

Mitteldeutschen Ernährungskongreß

wovon der Brief von Hohenmölsen besonders deshalb interessant ist, weil er den Beweis dafür liefert, daß, wie wir Kommunisten den Genossenschaftsbureaukraten schon immer gesagt haben, die Genossenschaftsbewegung mit der Arbeiterschaft innig verbunden ist und mit ihr steht und fällt, und daß deshalb auch die Genossenschaftsbewegung für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder die Bewegung einsetzen muß.

Hohenmölsen, 29. Oktober 1923.

Unsere Verwaltung hat sich mit dem uns übersandten Aufruf an die deutsche werktätige Bevölkerung und alle Konsumvereinsmitglieder in seiner heutigen gemeinschaftlichen Sitzung beschäftigt. Sie stimmt dem Vorgehen voll und ganz zu und ist auch bereit, zu der Ernährungskonferenz Delegierte zu entsenden. Die Notlage der Konsumgenossenschaften zwingt dazu Maßnahmen zu ergreifen, die das Weiterbestehen der Konsumvereine gewährleisten. **Eine Hilfe seitens der Regierung oder von den Verbandsorganisationen ist nicht zu erhoffen.** Schwer werden die Konsumvereine im Braunkohlenrevier betroffen. Die ungeniügende, mit den rapid gestiegenen Lebensmittelpreisen in gar keinem Einklang zu bringende Entlohnung der Bergarbeiter untergräbt die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung vollständig. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Betriebe der Konsumvereine durch Errichtung von Werkskonsumvereinen vollständig lahmgelegt werden.

Von der Ernährungskonferenz wollen Sie uns rechtzeitig in Kenntnis setzen.

Mit genossenschaftlichem Gruß
Konsumverein Hohenmölsen-Teuchern, Hohenmölsen, e. G. m. b. H.

*

Zwenkau, 30. Oktober 1923.

Wir bestätigen dankend den Empfang des gesandten Aufrufs. Wir haben denselben in unserer gestrigen Sitzung durchgesprochen. Unsere Verwaltung sympathisiert mit den aufgestellten notwendigen Fragen, die dringend einer Durchbesprechung bedürfen und möglichst vor der breiten Masse der Konsumenten besprochen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Konsumverein für Zwenkau und Umgegend, e. G. m. b. H.

*

Alle eingegangenen Zustimmungsschriften und die bisherigen Vorbereitungen lassen erkennen, daß weite Kreise der Arbeiterschaft diesen Schritt für unbedingt notwendig halten. Auf dem Kongreß werden nicht nur Kommunisten zusammenkommen, sondern, wie die Tagesordnung bereits zeigt, auf der ein Referat eines VSPD.- und eines KPD.-Genossen steht, werden auch Sozialdemokraten und übrige Arbeiter sich an der Arbeit beteiligen.

Da die Zeit zu den Vorbereitungen nur noch kurz ist, muß überall schnellstens zu dem Kongreß Stellung genommen und Delegierte gewählt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231119-13/fragment/page=0002

Kommunistische Partei und sächsische Sozialdemokratie

In der „Dresdener Volkszeitung" vom 13. November ist ein Artikel „Sächsische Sozialdemokratie und KPD." von Oskar Edel erschienen. Der Genosse Edel untersucht die Grundlagen des Artikels des VSPD.-Parteivorsitzenden Dittmann über die Ursachen, die zum Rücktritt der Zeigner-Regierung geführt haben.

Er schreibt, daß nach wie vor die Frage offen sei, wie die sächsische Partei ihr Verhältnis zu den Kommunisten einzustellen habe. Er untersucht, ob allein die Kommunisten an der Vergewaltigung Sachsens durch die Reichsexekutive die Schuld tragen und folgert daraus, was für Möglichkeiten für eine zukünftige Zusammenarbeit der beiden proletarischen Parteien beständen:

„Der Eintritt der KPD. in die Regierung war nur denkbar, nachdem eine monatelange parlamentarische Zusammenarbeit zwischen KPD. und VSPD. vorangegangen war, die, so viele Schwierigkeiten sie auch bot, dennoch reibungslos vor sich ging, wie die neue Bildung, zu der sich die Landtagsfraktion bereitgefunden hat . . .

Die Regierungstätigkeit der KPD. selbst bot, wenn sie auch nicht befriedigte, doch keinen genügenden Grund zur Lösung der Koalition. Trifft das auch auf das sonstige Verhalten der KPD. zu? Soweit Sachsen in Frage kommt, ja! Ohne Druck des Reiches bestände zweifellos die Regierung mit der KPD. heute noch."

Der Genosse Edel, der in der Nähe die Vorgänge, die zum Bruch der Koalition der Reichsexekutive geführt haben, beobachten konnte, liefert hier den Beweis, daß auch Zeigner nur unter dem Druck des Parteivorstandes und der Koalitionsregierung die Kommunisten an den General Müller auslieferte. Nicht das Flugblatt der Kommunistischen Partei war die Ursache zur Anwendung der Reichsexekutive. „Offenbar unter dem Drucke Berliner Vertreter änderte Zeigner seine Haltung und war später bereit, die kommunistischen Minister zu entlassen. Aber abgesehen davon, daß er als Person dazu nur das formale Recht hatte, lehnten es die Parteiinstanzen ausdrücklich ab, zumal unter dem Drucke der Bajonettspitzen die Verbindung mit der KPD. aufzugeben."

Es ist sehr wertvoll, daß auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Parteiinstanzen Sachsens Klarheit verschafft über die wirklichen Kräfte, die zu dem Verrat der Rechten und Linken an den Kommunisten und damit an dem gesamten sächsischen Proletariat führten. Aber Edel täuscht sich, wenn er glaubt, daß die Parteiinstanzen eine nochmalige Koalition mit den Kommunisten eingehen.

Und wenn die Sozialdemokraten den Kommunisten alle Ministerposten anbieten, so wird die Kommunistische Partei ein nochmaliges Zusammengehen mit den VSPD.-Führern, -Instanzen und ihrer Bureaukratie ablehnen. Das „Experiment" einer sozialistisch-kommunistischen Regierung wird nicht wiederholt werden. Gemeinsamer Kampf mit den Arbeitermassen, die sozialdemokratisch organisiert waren oder noch sind, ist möglich. Gemeinsame Regierung mit und unter Unterstützung der Betriebsräte, gleich welcher Partei, ist möglich. Aber eine Verbindung und ein Sichverlassen auf die VSPD.-Politiker ist unmöglich, denn die Kommunistische Partei treibt keine Parteipolitik im engen Sinne, sondern sie **kämpft für die Befreiung des Gesamtproletariats.**

Die Hamburger Ausnahmejustiz

(Eigener Bericht.) **Hamburg**, 17. November.

Gegen die Hochverräter und Meuterer Ehrhardt, Roßbach, Kahr und Konsorten regt sich kein staatsanwaltlicher Hauch. Für Verschwörer gegen die Republik, für die Mitglieder der Organisation C, Brigade Ehrhardt und andere Arbeitermörder sind gute Zeiten. Gegen Kommunisten aber, die sich gegen ihre Todfeinde gewehrt haben, wie z. B. in Hamburg, wütet die Ausnahmejustiz unverdrossen fort. Seit über 14 Tagen tagen diese Außerordentlichen Klassengerichte und täglich werden Arbeiter, die nichts weiter getan haben, als auf dem Boden des Klassenkampfes ihr Recht zu verteidigen oder auch ohne Absicht in die Unruhen jener Tage hineingezogen wurden, auf lange Zeit hinter Kerkermauern geschickt. Ein Hafenarbeiter, der gesungen hatte: „Wir schwören Rache für vergossenes Arbeiterblut", erhielt für dieses Singen vier Monate Gefängnis (beantragt waren sogar acht Monate), wobei der Verteidiger mit Recht darauf hinwies, daß für das Singen des Ehrhardt-Liedes: „Wir wollen keine Juden-Republik" noch niemals eine Strafe verhängt wurde. Die anderen Urteile, die sich gleichfalls auf monate- und jahrelange Gefängnisstrafen belaufen, stehen auf der gleichen Höhe; wegen der geringsten Kleinigkeiten, z. B. Patronenaufsammeln, erregte Worte gegen die rücksichtslos vorgehende und schießende Sipo, Herunterreißung irgendeiner amtlichen Bekanntmachung, Mithilfe am Barrikadenbau, ja schon der Besitz eines Mitgliedsbuches der KPD. tragen zur äußersten Verschärfung bei. Die Hamburger Ausnahmejustiz hat nicht ohne Erfolg sich darum bemüht, der mitteldeutschen Ausnahmejustiz von Halle, Naumburg usw. den Weißen Ehrenschild abzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedsspruch im Bankgewerbe

Berlin, 17. November.

Ein vom Arbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß hat gestern einen Schiedsspruch für das Bankgewerbe gefällt, der Goldgehälter in Höhe von 72 bis 255 Goldmark monatlich vorsieht. Der Spruch ist von den Arbeitgeberbeisitzern abgelehnt, von den Arbeitnehmerbeisitzern angenommen worden. Dem „L. A." zufolge dürfte der Reichsverband der Bankleitungen dem Schiedsspruch voraussichtlich seine Zustimmung versagen. Die Organisationen der Bankangestellten haben sich ihre Stellungnahme zu dem Schiedsspruch vorbehalten.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie gescheitert

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 17. November.

Die Lohnverhandlungen zwecks Regelung der Löhne für die Zeit vom 12. bis 18. November führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitervertreter mußten das Angebot zurückweisen, weil es auch nicht im entferntesten die prozentuale Steigerung des beiderseits errechneten Index entsprach. Der „Vorwärts" schreibt dazu: „Es klingt wie Hohn, jetzt, wo alle Preise weit über den Friedensgoldmarkpreis stehen, den Arbeitern zuzumuten, mit dem angebotenen Papiergeld auszukommen. Mehr Arbeit ist die Parole der Unternehmer und niedere Löhne. Tausende Arbeitslose in der Metallindustrie und die wenigen noch Beschäftigten sollen Ueberstunden machen, um nicht zu verhungern. „Wollen die Arbeitgeber die Arbeiter zur Verzweiflung treiben, um sie dann mit Hilfe der Militärgewalt niederzuschlagen?"

Am Nachmittag 5 Uhr fand im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter eine Konferenz aller Vorsitzenden der Arbeiter- und Betriebsräte der Berliner Metallindustrie statt.

Aus der Provinz

An die Genossenschaften und sämtliche Arbeiter-Organisationen!

Der im Oktober von 22 Konsumvereinen veranlaßte Aufruf zur Einberufung eines Ernährungs-Kongresses hat spontan Beifall bei einer großen Anzahl von Konsumvereinen und anderen Arbeiterorganisationen ausgelöst.

Die unterzeichneten Beauftragten berufen nunmehr auf **Sonntag, den 2. Dezember**, den geplanten

Mitteldeutschen Ernährungs-Kongreß

ein nach Weißenfels a. d. S. (Stadtverordnetensitzungssaal).

Als Tagesordnung sind folgende Referate vorgesehen:

1. **Die Katastrophe in der Genossenschaftsbewegung (Referent: Wieglepp-Weißenfels.)**
2. **Die Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Volksernährung. (Referent: Heckert-Berlin.)**

Die Konferenz wird morgens 10 Uhr beginnen und voraussichtlich noch am selben Tage zu Ende geführt werden.

Wir fordern sämtliche Arbeiterorganisationen Mitteldeutschlands auf, insbesondere die Konsumvereine, Gewerkschaften und Kontrollausschüsse, Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden, und laden die im Aufruf genannten Zentralorganisationen in anderen Teilen Deutschlands ein, ebenfalls Vertreter zu delegieren.

Wir haben die bestimmte Erwartung, daß es auf dieser Konferenz möglich sein wird, ein Arbeitsprogramm zu schaffen, um den außerordentlichen Schwierigkeiten der jetzigen Zeit, denen die arbeitende Bevölkerung ausgesetzt ist, zu beheben.

Anmeldungen erbitten wir, soweit noch nicht geschehen, bis spätestens 29. November.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Konsumverein Weißenfels a. d. S.

Mit genossenschaftlichem Gruß

Für die vorsitzende Kommission: J. A.: Wieglepp. Kerneck.

Die neuen Hungerlöhne der Bergarbeiter

WTB. meldet: Im Bergbau wurden für die Lohnwoche vom 12. bis 19. November 1923 die durchschnittlichen Tariflöhne durch ein im Reichsarbeitsministerium zusammengetretenes Schiedsgericht festgesetzt. Sie betragen in Goldmark: Für den Ruhrbergbau 4,20 Mark je Schicht, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau 3 Mk. je Schicht, für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau 2,50 Mark je Schicht, für den sächsischen Steinkohlenbergbau 2,70 Mark je Schicht und für den **mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 2,50 Mark je Schicht.**

2,50 Mark Schichtlohn bedeutet einen Friedenswochenlohn von ganze **15 Mark!** Diese 2.50 Mark pro Schicht werden dann mit dem amtlichen Schwindelindex, der viel zu niedrig ist, multipliziert. Und mit diesem Hungerlohn soll der Kumpel dann feste schuften, zehn, zwölf Stunden! Bei einer solchen Lohnpolitik ist ein Frieden im Bergbau ausgeschlossen. Die Bergarbeiter müssen sich ausreichende Löhne erst noch erkämpfen, und zwar gemeinsam mit den übrigen Klassengenossen!

In welch elender Lage sich die Bergarbeiter befinden, zeigt ein Beispiel aus dem Zeitzer Kohlenrevier. Dort wurde ihnen am letzten Lohntage 900 Milliarden Lohn und eine Billion Vorschuß ausgezahlt! Wie weit ein Arbeiter damit auskommt, kann sich jeder an den Fingern abzählen. Die Mansfelder A.-G. zahlte am Freitag 1½ Billion als Abschlag. Damit sollen die Arbeiter bis Dienstag abend reichen! Die Grubenprotzen, die angaben, selbst zu hungern (Wer lacht da?!), mästen sich an Gänse- und Hasenbraten, und die Kumpels können sich kaum das trockene Brot kaufen. Besser kann eine Aufreizung wirklich nicht betrieben werden!

Schladitz. Aus der Partei. Mittwoch, den 21. November, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Schladitz Mitgliederversammlung der KPD. Sämtliche Genossen sind verpflichtet, zu erscheinen. Referent anwesend.

Schladitz. Erwerbslosenversammlung. Sämtliche Erwerbslosen von Güntheritz, Schladitz, Kömmlitz, Lössen, Wolteritz, Zschölkau, Hohenossig werden aufgefordert, **Mittwoch, den** 21. November, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Schladitz zur Erwerbslosenversammlung zu erscheinen. In ihrem eigenen Interesse liegt es, vollzählig zu erscheinen, da nur eine geschlossene, wohlorganisierte Erwerbslosenkampffront dem Angriff des Kapitals widerstehen kann. Referent anwesend.

Greppin. „Trotz alledem!" Unsere am Freitag stattgefundene öffentliche Versammlung muß verschiedenen mißgönnenden Elementen arg in den Gliedern gelegen haben. Allen voran zeichnete sich, wie immer, besonders der „Amtssekretär" Lissow, nebenbei gesagt, ein blutjunges, noch Erziehung bedürftiges Bürschchen, dem es nottut, daß ihm väterlicherseits der Hosenboden noch tüchtig straffgezogen wird, aus. Trotzdem er seitens des Herrn Landrats Stammer die Genehmigungsschrift frühzeitig genug erhalten hatte, riskierte er die Dreistigkeit, unsere Genossen hiervon erst zwei Stunden vor Versammlungsbeginn, ohne Angabe einer schriftlichen Erklärung, in Kenntnis zu setzen. Verblüffend war folgender Zusatz: **„Die Versammlung darf nur stattfinden, wenn der angemeldete Referent (Genosse Oertel) erscheint. Diskussionsredner werden als nicht genehmigt betrachtet! Selbige sowie Stellvertreter des Referenten sind an Ort und Stelle in Haft zu nehmen!"** Ein einzig dastehendes Dokument der Weißen Diktatur! Da es der Zufall wollte, daß Genosse Taube als stellvertretender Referent erschien, hätte die Versammlung zur schon offen zur Schau getragenen Freude verschiedener „Pappenheimer" nicht stattfinden dürfen. Den Bemühungen unserer Genossen gelang es jedoch, ohne Wissen der schon instruierten Ortspolizei, die Zustimmung des Herrn Landrats einzuholen. War der Besuch der Versammlung infolge der Schikanen auch nicht gerade überfüllt, so war er doch ein ziemlich reger. Genosse Taube verstand es in seinem Thema: „Der Kampf gegen Hunger und Faszismus!" die Zuhörer zu fesseln. Wer in den abgehärmten Gesichtszügen der Proletarier die eiserne Kampfentschlossenheit sah, wer den stürmischen Beifall am Ende der markigen Worte des Genossen Taube anhörte, der kann keinem Zweifel unterliegen, daß trotz Militärdiktatur, trotz Erdrosselung jeder revolutionären Tätigkeit der Ruf immer lauter erschallen wird: „Wer die Errettung des deutschen Volkes aus Sklaverei und Unterjochung will, der schare sich um das sieghafte Banner des Kommunismus, um die revolutionäre Fahne des deutschen Proletariats!" Kurz vor Schluß der Versammlung erschien der Polizeioberwachtmeister Donath, um instruktionsgemäß seinem „Auftrag" nachzukommen. Er war der Genarrte! Seine ganze Weisheit entlud sich in der geistvollen Frage, ob das bei seinem Erscheinen machtvoll angestimmte Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" die „Nationalhymne" sei. Erst als unsere Genossen ihn darauf aufmerksam machten, daß hier kein Schnapsladen sei, wurde er sich seiner lächerlichen Rolle bewußt.

Eilenburg. Erwerbslosenversammlung. Am Freitag fand im „Tivoli" eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, in der unser Genosse Hempel referierte. Er führte den Versammelten das ganze Elend und die Not, unter der zurzeit ein Erwerbsloser zu leiden hat, vor Augen. Dann ging er auf die Ursachen dieser ganzen Wirtschaft ein, durfte natürlich nicht ins Politische übergehen, da nur unter dieser Voraussetzung die Versammlung genehmigt war. Genosse Hempel besprach dann hauptsächlich die örtlichen Verhältnisse. Die Unterstützung wird sehr unregelmäßig gezahlt. Wie gering die Unterstützung ist, zeigte sich besonders am Freitag. An diesem Tage bekam ein Verheirateter mit einem Kind 516 Milliarden. Er konnte sich dafür nicht einmal ein Brot kaufen, denn das kostete 540 Milliarden. Aber auch wenn das Geld gereicht hätte, wäre es keinem gelungen, sich in den Besitz von Brot zu setzen. Die Eilenburger Bäcker sind dazu übergegangen, Brot nur gegen Mehl, Körner oder wertbeständiges Geld abzugeben. Das alles hat der Arbeitslose nicht, infolgedessen kann er verhungern. Der Arbeitslosenrat wurde vorstellig beim Oberbürgermeister. Natürlich wußte er nichts davon. Er versprach den Arbeitslosen, am Sonnabend 600 Brotmarken zu geben, wofür sie zu 50 Milliarden Brot bekommen würden. Bei 1200 Erwerbslosen käme auf jeden ein halbes Brot. Wirklich eine „Heldentat"! Genosse Hempel verlas zwei Schreiben. Eins, welches der Erwerbslosenrat an den Bürgermeister gerichtet hatte. Die Antwort war ein verlegenes Gestammel und Entschuldigungen. Bezeichnend war eine Stelle in dem Schreiben: Der Bürgermeister hofft und wünscht im Interesse der Arbeitslosen, daß diese sich weiter ruhig und besonnen verhalten! Ein Antrag, welcher verlangte, sofort eine Betriebsräte-Vollversammlung einzuberufen, wurde einstimmig angenomomen. Die Versammlung soll dazu dienen, den Betriebsräten zu sagen, daß bei Entlassungen und Einstellungen in den Betrieben besser aufgepaßt wird. Es wurde noch gewünscht, daß die noch in Arbeit stehenden Brüder sich mehr mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen.

Eilenburg. Die Totgesagte lebt! So jubelt das hallische Volksblättchen am Schlusse seines Berichts über die letzte Mitgliederversammlung der VSPD. Das „rege Leben", das in der Ortsgruppe angeblich herrschen soll, ist nicht weit her. Es hätte statt „Die Totgesagte lebt" heißen müssen: „Die Totgesagte klebt!" Denn in Wirklichkeit rebellieren auch hier die sozialdemokratischen Arbeiter, da sie die fortgesetzten Verrätereien der VSPD. nicht mehr mitmachen wollen. Und obwohl die Ortsleitung alles tut, um die Flucht der Mitglieder aufzuhalten, gelingt das nicht. Man ist nun auf einen neuen Trick verfallen. Man klebt den Arbeitern, die der VSPD. den Rücken kehren wollen, einfach Marken in ihr Buch, für die sie keine Zahlung zu leisten brauchen. Eine „geniale Idee"! Die Mitgliederzahl wird dadurch buchmäßig festgehalten, um nach außenhin damit prunken zu können. Dabei ist innen alles stinkfaul und brüchig. Man lebt also kaum mehr, sondern man klebt! Aber auch dieser Trick wird der VSPD. nicht mehr helfen; die Arbeiter haben erkannt, wer ihre Interessen wirklich vertritt, und verlassen deshalb das sinkende Schiff der VSPD.

Das Metall der Toten

Von Concha Espina

7)

Höhlungen, Windungen und Kreuzungen teilen den ungeheuren Erzgang in festes Mauerwerk, und in einer seiner zahlreichen Krümmungen wird Aurora von der Empfindung der unermeßlichen Weite überfallen, die sie veranlaßt, das Licht von neuem zu erheben; der schwache Schein, den es aufwärts wirft, als sie den Arm streckt, stößt schon nicht mehr an die krummen Sparren der Verzimmerung, er verliert sich in einem Turm aus Finsternis und Schweigen, über einem Tal der Schatten, das sich zu ihren Füßen in die Tiefe senkt. Bestürzt fährt sie zurück, in der plötzlichen Furcht, am Rande eines Abgrundes zu stehen, als sie aus der Finsternis einige Laternen wie die ihre sich lösen sieht; es scheinen jene zu sein, die ihr in den ersten Stollen vorangegangen sind, und sie bewegen sich flackernd, wie Grablichter oder Irrlichter über den Sümpfen. Sie wagt noch einige unsichere Schritte, zweifeln, ob sie vorwärts oder zurückgehen soll, und bleibt überrascht beim Anblick anderer Lichter stehen, die, wie von der Grube verschlungen, in noch größerer Tiefe auftauchen.

Ein Orkan von Stimmen quillt aus dem finsteren Schlund: menschliche Laute, das Krachen des Schachtholzes, das Schlagen der Werkzeuge, das Stürzen von Gesteinsmassen, das ganze hastige Getriebe der Arbeit: es klingt, als lache oder tobe die Mine.

Plötzlich flammt in der fernen Höhe ein strahlendes Licht auf, das ein ungeheures Gewölbe erleuchtet: es ist die Höhlung des Berges, die zur Ausbeutung der Mine ausgewühlt worden ist.

Es sind hier sterile Zonen geblieben, die dem Erzgang als Säulen und Träger dienen; das Skelett der Erde ist bloßgelegt und windet sich in schmerzhaft grotesker Verdrehung. Das Gebirge, dem man das Fleisch aus der Brust gerissen hat, stützt sein Gerippe auf die Kapitäle von Felsen und formt im leeren Raum Klippen, Paläste, Altäre, Grabmäler; es errichtet Monumente, öffnet Altane, zieht Wege und läßt von seinen Spitzen eine erstaunlich üppige Vegetation herabhängen.

In diesem schwindelerregenden Bauwerk voll unterirdischer Kerker und Höhlen droht jedes Gesims herabzubrechen, spaltet sich jede Wand, verjüngt sich, funkelt in irisierendem Glanz, weint ewige Tränen. Die Bogen und Tore zeigen ein unbändiges Wachstum, zugleich eine wundersame Zartheit: mit unglaublicher Kühnheit wagen sie sich bis zum Gipfel vor, und es scheint, daß sie bei jedem Erzittern der Sand- und Tonmassen zusammenschrecken und zu stürzen fürchten.

In halber Höhe der unermeßlichen Wölbung hebt sich ein seltsamer Kragstein ab, der Auroras staunende Blicke fesselt, während in der Höhe, wie eine hängende Lampe, ein Licht flackert, dessen wechselnder Farbton den Raum mit phantastischer Pracht überflutet.

Aus der Höhe fallen mit dem wechselnden Licht einige laute Worte, sie rollen im Echo dreimal durch den Raum, wie der Schrei, den die Falken über den Wolken ausstoßen, wenn sie beim Schein des Mondes auffliegen und mit dreimal wiederkehrendem Ruf die Täler umkreisen.

Die Worte rühren von einem Bergmann her, der die zerrissene Bergspitze beleuchtet und Aurora anschreit:

„Wen suchst Du? Mach, daß Du da wegkommst! Frauen ist es verboten, in den Schacht zu kommen!"

Sie versteht nicht gleich, dann unterscheidet sie die Besucher, für die die furchtbare Schönheit des Bergwerkes beleuchtet wird, und verschwommen sieht sie in der düsteren Grube die Hacken der Männer, die erbittert auf das Gestein losschlagen.

Sie will fliehen, aber die Lampe entzündet ihre letzte Farbe, die, erst blau, sich in ein Gelb von trostloser Blässe verwandelt; die entfärbten Pflanzen erzittern unter einem dunklen Hauch; an der Spitze eines jeden Schößlings hängt, kalt leuchtend, eine Wasserperle; ein bleiches Farbenspiel streift die Umrisse der Höhle und erlischt mit langsamem Blinzeln . . . die Höhlung des Berges ruht wieder schattenvoll: nur in der Tiefe sprüht ein Funkenregen, stiebend unter dem Gebrüll der Schläge.

Auf den Granit der Wand gestützt, kehrt Aurora um und trägt in ihren Meeraugen das furchtbare Bild der vergewaltigten Erde, der entblößten Mine.

Beherzt schreitet sie über den rissigen, staubenden Boden; sie sucht nicht zum Licht emporzuklimmen, zurück über die geheimen Gänge, durch sie soeben erst herabgekommen ist, sondern sie gedenkt hinabzusteigen bis zur Wurzel des Feuers, das sie in der tiefen Höhe sich bewegen sah. Bis in die Eingeweide des Felsens will sie vordringen, um den Gefährten ihres Lebens zu suchen.

Die ersten Stufen, die sie findet, die sich in Windungen in das Dunkel bohren, eilt sie hinab und findet hier wieder das rohgezimmerte Gerüst über ihrer Stirn, durch dessen Luken das krachende Gestein sichtbar wird, droht und klagt. Manchmal fallen glänzende Stücke herab, harte Steinfunken, die gleich einer Saat des Jammers den Boden mit Wunden bedecken.

Im Banne all des Seltsamen durchleidet Aurora mit dem Berge das Martyrium der Fesseln, die das Erdreich unterjochen, ihm die Glieder verrenken, es durchbohren und entweihen: sie betritt mit ehrfürchtigem Mitleid den blinden Weg und hört voll Andacht das ewige Raunen der Dinge. Ihre Furcht vor der Einsamkeit hat sich verloren: immer tiefer möchte sie eindringen bis zur letzten Grenze der Ausschachtung, und kein Verbot, kein Drohen soll sie aufhalten. Dort, im Schoße jener hallenden Unentwirrbarkeit, wo das Werkzeug mit Wut die Eingeweide des Berges verschlingt, wird sie den Geliebten befreien, um mit ihm gemeinsam ins Licht zurückzukehren.

Der Boden wird abschüssiger und schlüpfriger; jedes Geräusch vibriert, einem Klangtropfen gleich, in der Tiefe des Schweigens; die Luft erhitzt sich vom aufsteigenden Dunst glühender Asche, als sei am Ende des wilden Weges eine ungeheure Feuersbrunst verborgen.

Aurora fühlt sich von der Hitze und Enge des Weges bedrückt, eingepreßt zwischen den vorspringenden Rippen des Gerüstes, von dem mühseligen Abstieg ermüdet und dennoch voll ängstlichen Verlangens, die finstere Reise zu bestehen, als sie ein starres, seltsames Licht erblickt, das sich bald in die rote Sonnenwunde verwandelt.

Ein ungeheurer Spalt öffnet der Tageshelle den Weg bis in die durchwühlten Falten des Berges, und im plötzlich einfallenden Licht funkelt der abgeschliffene Giebel des Erzganges wie ein Spiegel, erhebt sich majestätisch der Steinbruch, bekommt alles hier Leben, Ausdruck und Gebärde. Felsen verschiedensten Ursprungs, in Schichten unterschiedlicher Epochen gelagert, bilden die Böschung, geben ihr Mannigfaltigkeit des Gesteins und der Farbe, umkleiden sie mit unheimlicher Schönheit und Anmut. Unantastbar ist das Leben in ihr: die menschliche Habgier schreckt zurück vor der Majestät dieses Einschnittes, durch den der Blick des Himmels in die dumpfen Tiefen der Erde fällt und mit den Strahlen der Sonne die schlafenden Felsen zu wecken und die Steine zu rühren sucht. Und die vielfältige Seele der Natur verzeichnet hier voll übernatürlicher Kunst auf den letzten Blättern ihres Buches die Arbeit der Zeit, die Geschichte der Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231119-13/fragment/page=0003
DFG

Halle und Saalkreis

Halle, 19. November 1923.

Bis Mittwoch abend

kostet der „Klassenkampf" 1 Goldmark = 600 Milliarden, „Das Wort" 50 Goldpfennig = 300 Milliarden Mark. Wer bis Mittwoch nicht gezahlt, bei dem kommt dann als Abonnementsbetrag der amtliche Goldmarkstand vom selben Tage in Frage, wenn eine Erhöhung eingetreten. Der Mindestabonnementsbetrag beträgt für die laufende Woche jedoch 600 resp. 300 Milliarden Mark.

Der Verlag.

Heraus mit den gefangenen Proletariern!

Der Betriebsratsobmann Willi Richwin, Mitglied des Metallarbeiterverbandes, wurde vor 14 Tagen ohne Angabe von Gründen verhaftet. Richwin ist auf der Grube Alwine beschäftigt und hat sich an dem Bergarbeiterstreik beteiligt, also von einem in der Verfassung gewährleisteten Recht Gebrauch gemacht. Dafür wurde Richwin eingesperrt und seine Frau und Kind dem Hungertode überliefert. Der Bergarbeiterverband hat bereits ein Gesuch an den General Müller gerichtet, Richwin wieder auf freien Fuß zu setzen. Das Gesbch ist abschlägig beschieden worden. Nunmehr ist auch der Kollege Höcker vom Metallarbeiterverband bei dem Polizeipräsidenten Runge vorstellig geworden. Runge erklärt, daß er nicht in der Lage sei, ohne Genehmigung des Wehrkreiskommandos Richwin auf freien Fuß zu setzen. Seine Frau hätte wiederum ein Gesuch an den General Müller gerichtet und dieses Gesuch wäre von Runge befürwortet worden. Anfang nächster Woche müsse ein Bescheid zurückkommen.

Auch der Genosse Hans Schmidt wird nach wie vor ohne Angabe von Gründen festgehalten. Man verweigert ihm sogar das Lesen des „Klassenkampf" und anderer Zeitungen, wie z. B. „Das Wort" usw. Trotz aller Nachforschungen hat man ihm noch immer kein Verbrechen nachweisen können. Die Staatsanwaltschaft aber gibt ihn nicht frei. Wir fordern die sofortige Freilassung der verhafteten Genossen.

Bewaffnete Hitlerleute auf dem Marktplatz

Am Sonnabendabend sammelten sich etwa 200 bewaffnete Faszisten auf dem Marktplatz. Sie kamen in losen Gruppen anmarschiert und nahmen dann Aufstellung, wo einer der Hitler-Leute eine kurze Ansprache hielt. Die Polizei des Sozialdemokraten Runge, der nur noch „Augen links" kommandiert, war völlig überrascht und kam natürlich viel zu spät, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Sie hörte gerade noch, wie gerufen wurde: Heil Hitler! Heil Ludendorff! Nieder mit Kahr! usw.

Als die deutschvölkischen „Helden" zum Schluß sahen, daß die Polizei eingreifen wollte, nahmen sie sich Adolf Hitlers und Ludendorff-Lindströms Heldenmut zum Vorbild und liefen panikartig davon. Der Polizei gelang es noch, einige zu verhaften. Unter den Verhafteten befand sich auch ein Reichswehrsoldat.

Unter der Säbeldiktatur

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge schreibt uns:

In der letzten Zeit sind in der Presse, insonderheit in kommunistischen Blättern, über Zusammenstöße der Reichswehr mit radikalen Teilen der Bevölkerung völlig entstellte, gegen die Reichswehr in unverantwortlicher Weise hetzende Berichte veröffentlicht worden. Diese Berichte sind eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Gegen die betreffenden Zeitungen wird vorgegangen werden. Der Befehlshaber hat sich durch diese Art der Berichterstattung genötigt gesehen, nachstehende Verfügung zu erlassen:

Verfügung:

In Ergänzung meiner Verordnung vom 9. Oktober 1923, wonach die Verbreitung der ungeprüften Nachrichten und Gerüchte, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, unter Strafe gestellt ist, ordne ich hierdurch an, daß Nachrichten über Gebrauch von der Waffe von seiten der Truppen in jedem Fall vor der Veröffentlichung der Prüfung der vorgesetzten militärischen Kommandostellen unterliegen. Unter vorgesetzten militärischen Kommandostellen sind die Bataillonskommandeure oder deren höhere Vorgesetzte zu verstehen, zu deren Verband die Mannschaften gehören, die von der Waffe Gebrauch gemacht haben."

*

Durch diese Verfügung wollen die Weißen Generale verhindern, daß die blutigen Verbrechen, die von der gegen die hungernde Bevölkerung verhetzten Reichswehrsoldaten bereits begangen worden sind — und noch begangen werden —, an die Oeffentlichkeit kommen. Es wäre genau dasselbe, wenn ein Verbrecher von uns verlangen würde, daß wir ihn über den Raubmord, den er begangen hat, erst befragen, ehe wir etwas darüber veröffentlichen.

Studentenschaft und Hitler

Ueber die Vorgänge in der Münchener Universität wird uns aus hallischen Studentenkreisen noch geschrieben:

Nach dem Mißlingen des Hitlerschen Putsches versuchte dieser, durch seine getreuesten Anhänger, die Münchener Studentenschaft, noch einmal einen Widerstand zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde am Sonnabend, dem 10. November, auf nachmittags 4 Uhr in den Lichthof der Universität eine Versammlung einberufen (ohne Genehmigung des Senats), als deren Zweck zwei Redner bezeichneten: „Brandmarkung des schmachvollen Verrats Kahrs und Aufruf zum Kampf in den Reihen der Hitlerschen Sturmtruppen. Nicht gegen Franzosen und Belgier gilt es zu kämpfen, sondern gegen den inneren Feind." Minutenlanges Brüllen, Hochrufe auf Hitler und Niederrufe auf Kahr zeigten die Stimmung der Versammlung. Der Rektor, der auf das ungesetzmäßige der Versammlung hinwies, wurde mit Rufen, wie: Schmeißt ihn von der Galerie! niedergeschrien. Dann wurde unter andauernder großer Unruhe aufgefordert zu geschlossener Teilnahme am Begräbnis der am Freitag „schmählich gemordeten Kämpfer". Der Rektor wurde aufgefordert, am Begräbnistage die schwarzweißrote Fahne zu hissen, und dieser sagte das schließlich auch zu. Ein Demonstrationszug schloß sich an.

Am Montag erlebte dieses Schauspiel eine Wiederholung. Prof. Kisch versuchte, die Versammlung zum Auseinandergehen zu bewegen, vermochte aber gegen das Johlen und Brüllen der Versammlung nicht anzukommen, so daß schließlich der Rektor die Versammlung genehmigen mußte (?!) Diese artete natürlich wieder in eine wüste Hetze gegen Reichswehr, Kahr, „Pfaffen" und Juden aus. Eine Resolution wurde angenommen, in der vom Rektor verlangt wurde, er solle Kahrs Rücktritt fordern. (!)

Stürmisch begrüßt erschien der steckbrieflich gesuchte Ehrhardt und erklärte unter dem Jubel der Versammlung, daß er nunmehr die Leitung des Kampfes in die Hand genommen habe, um zu retten, was noch zu retten sei. Der Bund „Oberland" und die „Magyaren" ständen bereits hinter ihm.

Der gerade versammelte Senat konnte sich schließlich der Gefährlichkeit der Lage nicht länger verschließen und ordnete die Einstellung der Vorlesungen an.

Wenn man sich die Vorgänge in den Versammlungen betrachtet, wird man daran erinnert, daß auch wir in Halle schon ähnliche Dinge erlebten, als nämlich der damalige Kultusminister Hänisch in der Aula der Universität sprach. Auch damals erwies sich die Bildungsdecke gewisser nationalistischer Studenten als äußerst dünn und versagte die sonst so ausgeprägte achtungsvolle Scheu vor dem Dozentenkollegium und dem Rektor. Eine Studentenversammlung im Stile der Münchener, mit Pfeifen und Johlen, können sich die Teilnehmer an der damaligen hallischen wohl recht gut vorstellen. Im übrigen darf man gespannt sein, in welcher Weise sich die Münchener Vorgänge weiter entwickeln werden und ob Ehrhardt im Gegensatz zu Hitler der Mann ist, seine Worte in die Tat umzusetzen. Die Republik hat jedenfalls alle Ursache, gegenüber dem Treiben nationalistischer Studentenverbände — heißen sie nun Hochschulring oder anders — die Augen offen zu halten.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Volksbühne. Requiem. Die Aufführung des deutschen Requiems von Joh. Brahms findet am Freitag, dem 23. November, abends 8 Uhr, im Dom statt. Der Einführungsvortrag von Professor Dr. Schering findet am Dienstag, dem 20. November, abends 8 Uhr, im Thaliatheater statt. Karten in der Geschäftsstelle. Spieltage: Der Traum ein Leben: Montag (L) und Donnerstag (M); Fidelio: Sonnabend (E).

Baugewerkschaft Halle. Die Ortsverwaltung bringt den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Bureau wegen der Arbeitslosenkontrolle und Auszahlung der Unterstützungen am Dienstag und Mittwoch jeder Woche, vormittags von 10 bis 12 Uhr, und zur Erledigung weiterer Fragen am Dienstag und Freitag, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, geöffnet ist. Am Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vormittags nur für Unterkassierer.

* **Halles Einwohnerzahl** hat am 1. November 1923 194 852 Personen, am 1. November 1922 195 612 Personen, am 1. November 1921 194 276 Personen betragen. Der kürzlich an dieser Stelle gezeigte Rückgang hat also im ganzen angehalten, obgleich — wie immer im Oktober als stärkstem Zuzugsmonat — gegenüber dem 1. Oktober 1923 ein Mehr von 533 Personen zu verzeichnen ist. Tatsächlich verdanken wir den kleinen Oktoberzuwachs der Einwohnerzahl fast ausschließlich dem Ueberschuß der Zuzüge über die Fortzüge; aber es sind im wesentlichen junge unverheiratete Personen (Studierende), die — erfreulicherweise — keine eigene Wohnung beanspruchen, sondern im Gegenteil manchem Kleinrentner durch Vermietung eines möblierten Zimmers eine merkliche Entlastung verschaffen. Gegenüber dem 1. November 1913, wo Halle eine Einwohnerzahl von 189 483 Personen aufwies, haben wir aber immer noch ein Mehr von rund 5 400 Personen, die — da im Gesamtergebnis von Zu- und Fortzug natürlich viele Familien überschießen — den Wohnungsmarkt noch immer stark belasten.

* **Aenderung im Fahrplan der elektrischen Straßenbahn Merseburg—Halle.** Uns wird geschrieben: Der Fernbahnzug früh 5.45 Uhr ab Merseburg, 6.12 Uhr an Ammendorf, fällt wegen zu geringer Benutzung künftig aus. Der ab Halle 11.20 Uhr abends, an Merseburg 12.10 Uhr, bisher gefahrene Wagen fährt künftig an Wochentagen nur noch bis Ammendorf, weil für die Fahrt bis Merseburg der Staatsbahnzug 11.40 Uhr abends günstiger liegt und infolgedessen der Straßenbahnwagen zwischen Ammendorf und Merseburg fast stets beinahe unbesetzt fuhr. Da die Straßenbahn mit den größten geldlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um überhaupt den Betrieb aufrecht erhalten zu können, müssen derartige Einschränkungen bei wenig benutzten Fahrten in Kauf genommen werden, wenn nicht das ganze Unternehmen gefährdet werden soll.

* **Kellerbrand.** Freitag abend wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Humboldtstraße 7 gerufen, wo in einem Kellerraum Kisten und Packmaterial in Brand geraten waren. Da das Feuer sich schon so weit entwickelt hatte, daß es mit kleinem Löschgerät nicht mehr unterdrückt werden konnte, wurde es mit einer Schlauchlinie von der Motorspritze angegriffen und so nach kurzer Zeit auf den vorgefundenen Umfang beschränkt. Gegen 7 Uhr konnte der Löschzug wieder abrücken.

Theater und Konzerte

Uraufführung von Ungers „Karneol" im Stadttheater

Ein Spiel vom König Alexander, als er auf seinen Eroberungszügen in Indien angelangt war, kein historisches Stück, nein, ein philosophisches Problemstück vom Gott und Menschen. Der König Alexander nennt sich Gottes Sohn, er wird von seinen Truppen als Gott behandelt, er wird von der Tempeldienerin Maja als Gott erwartet und angebetet. Ja, seine Feldherren nehmen ihn als Gott des Heeres, für ihn ist Heer und Volk das Werkzeug seines Triumphzuges, seines Königseins überhaupt. Also gibt hier der Dichter einen Begriff des Absolutismus, in der Verschärfung der Anschauungen des Altertums, in allen Dingen unbeschränkt. Und doch — Alexander fällt aus seinen Gott-Träumen, als er einen Karneol, einen Wunderstein, sich dienstbar machen will, und als dieser ihm die Grenzen seines Daseins nicht nennen will, und als er durch einen Sternweisen seiner Grenzen sich bewußt wird. Unger faßt die Schicksalsfrage in der indischen Formel an, verurteilt zum Leiden, ganz zur Duldung, dazwischen mengt er aber immer wieder die Anschauung der hellenischen Gottanschauung und führt sein Licht durch den Menschen Alexander. Wohl läßt er ihn einen sanften König sein, der Porus befreit, wohl einen liebenden Mann zu Maja, dann einen eifersüchtigen Gatten gegenüber Roxane, als er Hephästion tötet, während er doch mit Maja zusammen lebt, wohl ist er ein haltloser Zweifler, als er seinen Feind, den Priester, „begnadigt", doch der Mensch bleibt stückhaft in ihm, wie der Gott in ihm zerbricht. Darin liegt auch der Grund, daß das Spiel an den Augen, an den Gedanken vorbeizieht, ohne einen Anklang zu finden, nicht einmal einen hassenswerten.

Fast mit Sympathie erfüllt die Szenerie, doch ist die indische Note um etliches zu schwach. Der Versuch von Massenszenen bleibt auch nur ein Versuch.

Die Darstellung des Alexander durch Fritz Günzel ist eine Leistung, die dem Dichter gerecht wird — und er verlangt viel durch seine eigene Problemstellung. Luise Sessing gab viel in der Ekstase der Priesterin, mehr noch als liebende Roxane, ist eine „Königin" in ihren Bewegungen, und in ihren menschlichen Szenen findet sie nicht den wirklichen Ton — erst da steht sie bei Alexander, als sie Frau sein will und für ihn die Königin ist. Was sonst an den Rollen Gutes war, ist auf den Achtungserfolg des Stückes von gutem Einfluß gewesen.

Es war nur eben dies ein Achtungserfolg, vielleicht um so mehr, als der Dichter anwesend war.

Götz.

„Rakete." Eröffnungsvorstellung.

Also am Sonnabend, dem 17. November, öffnete Direktor W. Schur, der uns vom Riebeckplatz her Wohlbekannte, die Pforten seines neuen „Intimen Theaters" und ließ die erste „Rakete" steigen. Die stimmungsvoll hergerichteten Räume mit den seidenverschleierten Lichtspendern faßten kaum die Erschienenen, und eine erwartungsvolle Spannung griff Platz.

Mit einem wirkungsvollen Prolog begrüßte Claus Donath die Gäste, denen hier Blitzlichter — Raketen gleich — das Leben zeigen sollen in seiner verschiedentlichen Gestalt. An Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen Sängerin trat Gertrud Wilsdorf vom Stadttheater ein und spendete mit ihrer schönen Stimme und anmutigen Vortragskunst die Arie aus „Madame Butterfly" und Hildachs Lied „An die Heimat". Dann kam das so sehr musikalische Peperl Heiß, „direkt aus München, obgleich sie noch lebte" — bei der alles, was sie berührte, zu klingen anfing, vom flötenden Sonnenschirm bis zur pfeifenden Puppe.

Der Einakter „Der rote Strich" (des Zensors) von Armin Friedmann wurde sehr gut gespielt, erhitzte aber die Gemüter bedenklich, und wurde so wirklich eine Rakete, die zündete. Max Hermann Neiße-Berlin beleuchtete in einigen eigenen Dichtungen die Winkel und Herzen der Kleinstadt, auch die Komische Alte und den Herrn Theaterdirektor vergaß er nicht. Sein leidenschaftsloser, pronozierter Vortrag paßte gut zur Skepsis seiner Rede.

Tonja Leandoff bot in ihren russischen Tänzen ein Stück echte Volkskunst. In seinen Tänzen, seinen Liedern, seinen Dichtungen zeigt sich der Charakter eines Volkes und es ist zu begrüßen, wenn uns das Verständnis für unsern mächtigen Nachbar im Osten immer mehr erschlossen wird. So war der Einakter „Der Selbstmörder" von Arkady Awertschenko eine feine psychologische Studie und wurde von Direktor Schur und Claus Donath in allen Nuancen verlebendigt. Die musikalischen Darbietungen des Trios unter der Leitung von Richard Roessner müssen lobend hervorgehoben werden. Um Mitternacht schloß der erfolgreiche Abend.

Filmnachrichten

U. T., Leipziger Straße. „Irrlichter der Tiefe" betitelt sich das sechsaktige Drama dieser Woche, welches sehenswert ist. Schon durch die scharf nebeneinander gestellten Gegensätze: Zynische Genußsucht, krassester Luxus auf der einen Seite, das allstündlich von tausend Gefahren umlauerte Leben in der Tiefe des Bergwerks auf der andern. Als Rahmen Naturaufnahmen von überwältigender Schönheit; und die Katastrophe im Bergwerk mit atemberaubender Naturalistik dargestellt. Die Groteske „Der perfekte Diener" löst wahre Lachsalven aus.

W. T., Walhalla-Lichtspieltheater. Ein elfaktiger Doppelspielplan: „Das Geheimnis der alten Lampe" läßt das Märchen von Aladins Wunderlampe im Traum neu erstehen. Viola Dana ist außerordentlich anmutig, und ihre Partner fügen sich gut in den Rahmen ein. Gelungene Aufnahmen und hübsch gestellte Bilder vervollständigen den unterhaltenden Film. Auch das fünfaktige Lustspiel „Prinz Karneval" zeichnet sich durch flottes Spiel und schöne Landschaften vom Rhein aus. Beide Stücke gewinnen sehr dadurch, daß sie nicht durch Pausen zerrissen werden, was die Wirkung außerordentlich erhöht. — Hervorzuheben sind noch die Naturaufnahmen aus dem Botanischen Garten in Göttingen, welche das Wachsen und Blühen der Victoria Regia anschaulich schildern. Die Hauskapelle bringt mit Verve lauter „Schlager".

Arbeiter-Sport

Der Arbeiter-Sängerchor veranstaltet sein diesjähriges Herbstkonzert am Bußtag, 21. November, nachmittags 4 Uhr. Die bekannten Leistungen des Chores, der für diesmal eine aus sechs Herren bestehende Künstlerkapelle zur Mitwirkung gewonnen hat, bürgen für einige genußreiche Stunden. Ein Besuch ist daher zu empfehlen.

Turn- und Sportverein Fichte. Mittwoch, den 21. November (Bußtag), nachmittags 3 Uhr, in der „Volkspark"-Turnhalle: Zusammenkunft sämtlicher Vereinsangehörigen. Näheres daselbst. Morgens um 7 Uhr: Antreten zur Platzarbeit.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	19. 11. Geld	19. 11. Brief	17. 11. Geld	17. 11. Brief
Amsterdam	952 613 000 000	957 387 000 000	947 625 000 000	952 375 000 000
Brüssel	113 715 000 000	114 285 000 000	115 710 000 000	116 290 000 000
Italien	107 730 000 000	108 270 000 000	107 730 000 000	108 270 000 000
London	10 977 250 000 000	1 100 275 000 000	10 980 300 000 000	11 027 700 000 000
Neuyork	2 513 700 000 000	2 526 300 000 000	2 513 700 000 000	2 536 300 000 000
Paris	131 670 000 000	132 330 000 000	137 655 000 000	138 345 000 000
Schweiz	444 885 000 000	447 115 000 000	442 890 000 000	445 110 000 000
Wien	35 910 000 000	36 090 000 000		

1 Goldmark am 19. November (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 600 000 000 000 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 2 526 300 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

K.P.D. Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Mittwoch (Bußtag), 21. November, vormittags 10 Uhr, im Bureau, Lerchenfeldstr. 14

Verwaltungs-Sitzung.

Das Erscheinen jedes Verwaltungsmitgliedes ist unbedingt erforderlich
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Fritz Kroh.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Beschwerde-Kommission. Freitag, den 23. November, abends 7 Uhr: Sitzung. Erscheinen aller ist notwendig.
Betriebsvertrauensleute und kommunistische Betriebsräte. Dienstag, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Besprechung.
Die **Bezirks-Frauenversammlungen** finden in allen Bezirken nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, abends 7½ Uhr, statt.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Telephon 2251. Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Telephon 2251.
Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44, Telephon 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petristraße 8. Zeitz, Liebknechtstraße 4. Weißenfels, Dammstraße 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstraße 41. Bockwitz, Volkshaus. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle. Magdeburg: Buchladen Tribüne. Magdeburg, Jakobstraße 4.
Schlüsselzahlen: Viva: Broschüren 60 Milliarden; Bücher 120 Milliarden. Börsenverein: 600 Milliarden.

Stadt-Theater Dienstag, abends 7½ Uhr: **Karneol.** Mittwoch: **Fidelio.** [4238

Drucksachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Trotzki Russische Revolution 1905 Grundpr. kart. 9,50 geb. 7,— Schlüsselzahl d. Viva. Zu beziehen durch: Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Lerchenfeldstr. 14.

Der Film, der die ganze Menschheit angeht!
Groß-Film aus der Produktion der Fox-Film Corporation New-York.
Vorwort:
Den Söhnen und Töchtern der Welt, wo und wer sie auch sein mögen, gewidmet. Jenen, welchen die Erinnerung an die Mutter, an die Kindheit nicht geweckt zu werden braucht, bieten wir nur eine schlichte Erzählung. Jenen aber, bei welchen die Zeit und die Entfernung die Erinnerung an das sanfte Antlitz der Mutter und die an ihrer Seite verbrachten Jahre trübte, sei diese Geschichte besonders zugeeignet, in der Hoffnung, daß sie dazu beiträgt, ihnen die
„Mutter" 4239
wieder näher zu bringen.
Unser Groß-Film handelt von einer Mutter — einer der Millionen Mütter der Welt — handelt von einem Mutterherzen — und das Mutterherz ist überall gleich.
Uraufführung f. d. Prov. Sachsen:
Mittwoch, 21. Nov., abds. 6 Uhr, U.T., Riebeckplatz
Kartenvorverkauf ab Dienstag, den 20. November, an der Theaterkasse vorm. 10 bis 12 Uhr.

Burghardt & Becher
Halle a. d. S., Leipziger Straße 10. 300
Emaille, Glas, Porzellan und Steingut.

569

294 **Kade-Liköre** Spez.: **Kadedictiner** Moritz Kade Nachf. Charlottenstr. 11. Tel. 2359.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag entschlief sanft nach schwerem, geduldig ertragenem Leiden mein lieber, treuer Mann, unser guter Sohn und Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Fischer

im 26. Lebensjahre.

In tiefem Schmerze im Namen aller Hinterbliebenen:
Martha Fischer geb. Breter.
Familie Wilh. Fischer u. Geschwister.
Landsberger Straße 13. 4237

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 22. Novbr. 1923, nachm 2 Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt.
Kranzspenden dankend verbeten.

Spendet für den Kampffonds

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231119-13/fragment/page=0004

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werkt. Bezugspreis frei Haus 18.—24 Nov. 1 Goldmark = 600 Mill. Mk., Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045. 1047 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 10648. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 150 Milliarden | Montag, den 19. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 271

Diktatur Stresemann

Stresemann regiert ohne Vertrauen

(Eig. Drahtm.) Berlin 19. November.

Auf dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wurde am gestrigen Sonntag eine Vertrauenskundgebung für Stresemann mit 212 gegen 11 Stimmen angenommen, in der es heißt, daß der Zentralvorstand nur unter Führung des Reichskanzlers Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit sähe. Gegenüber den Deutschnationalen erklärte der Zentralvorstand, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt sei, die Persönlichkeit des bewährten Kanzlers durch irgendwelche Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen werden. Somit sind also Quaz und Maretzky in der Fraktion in einer hoffnungslosen Minderheit geblieben. Es scheint, daß der Reichskanzler nunmehr auch ohne Vertrauensvotum am Dienstag im Reichstag seine Arbeit als parlamentarischer Schattenkanzler weiter zu fristen gedenkt. Die Sozialdemokratie wird, wie aus Reichstagskreisen verlautet, weder dem kommunistischen, noch dem deutschnationalen Mißtrauensvotum zustimmen und sich bei einer Vertrauensfrage der Stimme enthalten. Weil nun die Stimmen der drei Regierungsparteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten) nicht ausreichen, will er ohne Vertrauensvotum die Geschäfte der bürgerlichen Parteien weiterführen. Er hat sich klar darüber ausgesprochen, daß er ein Direktorium abgelehnt, daß sich unter Ausschaltung der politischen Parteien nur auf die wirtschaftlichen Verbände stützt, ebenso will er den Reichstag nicht auflösen.

*

Die Regierung kann die Arbeitslosigkeit nicht verhindern

In der gestrigen Rede, die Stresemann im Ausschuß der Deutschen Volkspartei hielt, führte er aus, daß die Regierung nicht in der Lage ist, die Wirtschaft sofort aufzuhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das Gleichgewicht des Etats besteht nur auf dem Papier. Wenn das Ruhrgebiet noch weitere Unterstützung bekommt, dann bricht das Reich zusammen und die Rentenmark ist vollkommen nutzlos. Zur Rückkehr des Kronprinzen bemerkte der Kanzler u. a., man werde uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. Wir stehen in Unterhandlungen über ausländische Kredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihält. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Die Verminderung des Beamtenapparates wird nach den bestehenden Plänen restlos durchgeführt werden.

*

Also die Steigerung der Arbeitslosigkeit kann die Regierung nicht verhindern, dagegen wird der Zehnstundentag Gesetz, und wenn die Proleten sich dagegen wehren, dann fahren die Maschinengewehre und Kanonen auf, denn „für die Mehrleistung werden die Voraussetzungen geschaffen werden". Das ist die offene Diktatur des Großkapitals, die von den Bajonetten der Seecktschen Reichswehr getragen wird. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von dieser Regierung zu erwarten hat, immer offener tritt der Charakter der von den Sozialdemokraten stillschweigend unterstützten Stresemann-Regierung zutage. Die Sozialdemokraten tragen für die Maßnahmen der Stresemann-Seeckt die volle Verantwortung, sie haben ihr erst die volle Macht gegeben, sie unterstützen sie heute noch, sie bekämpfen sie nicht. Für die Antistreikverordnung, für die Verhaftung der Lohnkommission der Berliner Mühlenarbeiter, für die Beseitigung des Achtstundentages sind die sozialdemokratischen rechten Führer verantwortlich, die dazu erst die Voraussetzung geschaffen haben. Nicht nur Stresemann und seine Auftraggeber, sondern auch seine Lakaien, die sozialdemokratischen Führer, die Ebert, Wels, Müller, Dittmann und Konsorten, und die Papageien dieser Leute, die Schulz, Kasparek, Petersdorff und Peters, sind mehr oder minder offene Feinde der Arbeiterschaft, die alle Maßnahmen der Kapitalisten gegen das Proletariat nicht ernstlich bekämpfen. Dem Buchstaben nach besteht die Weimarer Verfassung, die demokratischste Verfassung der Welt. Stresemann pfeift auf diese Verfassung, er regiert ohne das durch die Verfassung vorgeschriebene Vertrauen der Mehrheit der „gewählten Vertreter des Volkes" und die Sozialdemokraten rücken und rühren sich nicht sie nehmen jeden Fußtritt der Regierung willig hin. Nach außen aber wollen sie durch radikale Töne den Revolutionär spielen, jetzt, wo die Massen ihnen in Scharen davonlaufen. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung Stresemanns zeigt erneut, daß die VSPD. ihre Haltung nicht geändert hat, daß sie nach wie vor die Dirne des Kapitals ist.

Die außenpolitischen Folgen der Militärdiktatur

Berlin, 19. November.

Marschall Foch hat in der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz behauptet, die Bestände der Reichswehr seien größer als der Vertrag von Versailles erlaube. Die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition sei seit mehreren Monaten in verstärktem Maße betrieben worden. Auch Rußland habe in Uebereinstimmung mit dem Reich Kriegsmaterial und Munition für Deutschland hergestellt. Infolgedessen müsse die Ueberwachung der „deutschen Rüstungen" sofort wieder beginnen und mit aller Energie durchgeführt werden. — Hierzu wird von maßgebender Seite noch einmal festgestellt, daß die Reichswehr nicht einmal die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann erreicht, daß außer ihr im Innern alles in allem noch etwa 150 000 Mann Schutzpolizei, einschließlich der Zivilpolizeibeamten, in Deutschland vorhanden sind und daß die gegenwärtig in Deutschland vorhandene Munition nur für die Deckung des dringendsten Bedarfs ausreicht. Daß die Reichsregierung eifrigst bestrebt ist, illegale Verbände militärischen Charakters, die sich da und dort bilden, zu beseitigen, hat sie wiederholt durch ihr Vorgehen bewiesen. Im übrigen liegt es gerade an der französischen Politik, wenn sich solche illegalen Verbände zu bilden versuchen. Frankreich ist es, das jeder deutschen Regierung durch einen unaufhörlichen Druck unmöglich macht, die Lebensinteressen des Volkes wirksam zu wahren.

*

Das Dementi, der „maßgebenden Seite" wird bei den Eingeweihten helles Gelächter auslösen. Die „maßgebende Seite" soll auch nur eine militärische Organisation der Faszisten nachweisen, die sie aufgelöst hat. Ist der „Jungdo", der bewaffnet an der bayrischen Grenze stand, aufgelöst? Ist etwa der „Stahlhelm", der der Stresemann-Regierung drohte, unter Waffen zu treten, wenn sie nicht eine nationale Diktatur errichte, aufgelöst? Kahr hat wohl mit einem Federstrich die nationalsozialistische Partei aufgelöst, aber unter seinen Augen lebt sie unter dem Befehl Ehr- [illegible] en proletarischen Hun- [illegible] nd Panzerautos aus- [illegible] alter Oehme, der Nach- [illegible] „schwarze" Reichswehr [illegible] esen ist, ist in Schutz- [illegible]

[illegible] chule

[illegible] th, 19. November.

[illegible] der Besatzungsbehörde [illegible] usrüstung der Polizei [illegible] tzungsbehörde erklärt: [illegible] nicht noch schlimmere [illegible] r deutschen Industriel- [illegible] ückt herum. Männer, [illegible] usammenstöße würden [illegible] ben, wenn die Polizei [illegible]

[illegible] n

[illegible] aße, 17. November.

[illegible] sen aus Verzweiflung [illegible] erteilten. Anrückende [illegible] n einen Arbeiter, ver- [illegible] der Menge wurde das [illegible] verwundet wurde.

[illegible] erem Bezirk

[illegible] en, 19. November.

[illegible] wurde der Lehrer Otto [illegible] et, Führer einer proletarischen Hundertschaft zu sein. Ein Jugendgenosse, der gegen diese Verhaftung protestierte, wurde ebenfalls verhaftet.

Faszistische Hilfspolizei in Sachsen

WTB. Dresden, 17. November.

Wie das Wehrkreiskommando bekannt gibt, hat General von Seeckt den Militärbefehlshaber im Wehrkreis 4 beauftragt, im Freistaat Sachsen die Bildung einer über den Parteien stehenden Hilfspolizei umgehend in die Wege zu leiten. Die Hilfspolizei soll solange bestehen bleiben, bis es gelingt, die Staatspolizei durch Einstellung geeigneter Anwärter auf ihre vorgeschriebene Stärke zu bringen. Gleichzeitig mit der Aufstellung der Hilfspolizei wird nach den von General von Seeckt gegebenen Weisungen die sächsische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlage gestellt. Die Staatspolizeiverwaltung veröffentlicht einen Aufruf zum Eintritt in die Hilfspolizei auf Grund der Weisungen des Militärbefehlshabers.

*

Nachdem die Weiße Diktatur Seeckts die Reichswehr mit Faszisten aufgefüllt hat, geht sie nunmehr daran, die an sich durch nationalistische Polizeioffiziere verseuchte Schutzpolizei mit faszistischen Elementen aufzufüllen, bzw. alle zuverlässig republikanischen Elemente aus der Schupo zu entfernen. Die überparteiliche Hilfspolizei, die jetzt in Sachsen gebildet wird, ist weiter nichts als die offene Legalisierung der bewaffneten Monarchistenbanden des Stahlhelms, des Wehrwolfs und wie sich die faszistischen Raub- und Mordbünde sonst noch alle heißen. Die „verfassungsmäßige" Generalsdiktatur hat die proletarischen Hundertschaften, die als zuverlässig republikanische Organisationen zum Schutze der republikanischen Staatsform nach dem Regierungsprogramm der von den Sozialdemokraten selbst verratenen kommunistisch-sozialistischen Regierung herangezogen werden sollten, im Einverständnis mit Ebert zerschlagen. Jetzt wird der „Schutz der Republik", d. h. die blutige Unterdrückung der Armen und Notleidenden, den Monarchisten übertragen. So geht der Marsch munter weiter über die Weiße Diktatur zur Monarchie, wenn sich das Proletariat nicht aufrafft, um einig und geschlossen dieser Entwicklung ein Ende zu machen.

Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen die faszistische Säbeldiktatur?

A. Th. Ueber das Wesen der Seeckt-Diktatur kann nach den Erlebnissen der letzten Tage bei keinem Arbeiter ein Zweifel mehr bestehen; Aufhebung des Streikrechts, Verhaftung von Streikführern und Betriebsrätemitgliedern zuerst beim Buchdruckerstreik, dann beim Streik der Mühlenarbeiter, daneben unsagbar lächerliche Verordnungen, worin der General auf dem Papier die Schließung der Schlemmerstätten empfiehlt und seine Militärbefehlshaber dafür belobigt, daß sie so erfolgreich in der Beschaffung von Brot und anderen Lebensmitteln für die Bevölkerung gewesen sind. Man weiß nicht, ist das die bare Dummheit oder blutiger Hohn, oder beides zusammen. Jedenfalls zeigt die Militärdiktatur, daß sie in bezug auf alle wirtschaftlichen Fragen bereits am Ende des Lateins ist und daß ihr der Säbel nur dazu dient, um den Hunger zu verschärfen und die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Die Säbeldiktatur erweist sich als das willfährige und stupide Werkzeug des Scharfmachertums.

Der Hunger wächst täglich, ja stündlich. Es wächst die politische Bedrückung; der Weiße Terror hat bereits in Sachsen seine ersten Schulübungen gemacht. Die Grundrechte der Arbeiterschaft, sowohl die wirtschaftlichen wie die demokratischen Rechte, sind vollständig niedergetrampelt.

Die Militärdiktatur des Generals Seeckt legt aber mit Rücksicht auf das Ausland und mit Rücksicht auf das, was sich in Deutschland noch Demokratie nennt, die Sozialdemokratie, die bürgerliche Demokratische Partei und Teile des Zentrums, immer noch Wert darauf, die demokratisch-parlamentarische Maskerade, den Mummenschanz des Parlaments, des Reichspräsidenten usw. beizubehalten.

Wie kämpft die Arbeiterklasse gegen die militärische Diktatur, die sie um Lebens und Sterbens willen niederkämpfen muß? Die größte Gefahr ist hier der Humbug der Sozialdemokratie, die den fehlenden Willen zum Kampf bemäntelt mit leeren Protesten, mit demokratischen Forderungen, mit dem Schrei nach dem Staatsanwalt und ähnlichen blöden Scherzen. Die Sozialdemokraten glauben, Wunder was damit getan zu haben, wenn sie erklären, daß Ludendorff und Kahr nach den Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches Hochverräter sind; sie erwarten wohl, daß die faszistischen Staatsanwälte und Richter den faszistischen Häuptling verhaftet . . .? Die Sozialdemokraten erklären, daß, wenn Seeckt mit einem Direktorium regieren will, er das nicht könne ohne die Zustimmung des Reichstags, daß es also verfassungswidrig sei. Sie hoffen offenbar, daß das bloße Wort Verfassung eine magische Wirkung ausübt auf den Säbel, der die wirkliche Verfassung in Deutschland vorstellt. Und ebenso haben sie „protestiert" gegen die Vernichtung des Streikrechts, indem sie gleichzeitig den streikenden Buchdruckern in den Rücken fielen, dadurch, daß sie den Streik für einen wilden erklärten und indem sie keinen Finger rührten, um zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker weitere Arbeiterschichten in den Kampf zu führen oder auch nur die Massen zu Demonstrationen aufzurufen.

Nichts könnte in dieser Lage gefährlicher sein für die Arbeiterklasse als wenn sie sich jetzt noch einbilden würde, mit den Waffen der Demokratie gegen die faszistische Diktatur kämpfen zu können, wo diese Waffen zerbrochen am Boden liegen, und wo die Demokratie nur noch eine Maske der Militärdiktatur ist. Revolutionär handeln, heißt zu allererst aussprechen, was ist. Wenn der demokratische Trödel, wenn die Parlamente nur noch eine Maske der nackten militärischen Willkürherrschaft sind, so ist es revolutionär, diese Maske zu zerreißen und die Militärdiktatur in ihrer vollen Blöße erscheinen zu lassen. Der Reichstag, der ein reiner Trödel geworden ist, müßte sich weigern, irgendeine Funktion noch auszuüben. Bereits Lassalle hat 1863 in den Tagen des Verfassungskonfliktes als eine notwendige revolutionäre Tat vom damaligen preußischen Parlament und insbesondere von den bürgerlich-demokratischen Parteien gefordert, daß sie die parlamentarische Arbeit einstellen, um so Bismarck zu zwingen, seine Gewaltherrschaft nackt und bloß zu zeigen.

Freilich, Lassalle wußte sehr gut, daß dieser Schritt nur dann einen Sinn habe, wenn man entschlossen war, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, das heißt den offenen Kampf mit dem Bismarckschen Gewaltregiment aufzunehmen. Die Demokratie von damals, die dazu nicht die geringste Neigung verspürte, verlachte die Lassalleschen Vorschläge als phantastisch und sie ist dann auch völlig auf den Hund gekommen.

Die heutige Sozialdemokratie denkt ebenso wenig daran, darauf zu verzichten, die parlamentarisch-demokratische Staffage der Militärdiktatur zu bilden, und die Tatsachen beweisen, daß ihre parlamentarisch-demokratische Opposition ein konterrevolutionärer Hilfsdienst für die Militärdiktatur ist.

Die einzige wirkliche Opposition gegen die Militärdiktatur kann heute nur darin bestehen, den Massenkampf gegen sie vorzubereiten.

Diese ihre Aufgaben verkündet die Kommunistische Partei frank und frei. Sie bereitet sie vor, indem sie außerhalb der parlamentarischen Schwatzstuben die Massen mobilisiert, indem sie sich jeder elementaren Kampfregung der breiten Massen annimmt.

Der nächste Schritt, der jetzt kommen muß, das ist der Aufmarsch der Massen. Da die Parlamente nicht mehr die Orte sind, die politisch irgendwelche Bedeutung haben, da die Massen und der größte Teil der Parlamentarier auch nicht mehr das geringste miteinander

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231119-13/fragment/page=0005